

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kippinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Obuseff 4196/4196



Manuskript für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartaalstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 27. Dez. 1929

Rückblick und Ausblick.

Von Rudolf Breitscheid.

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

SPD. In einer meisterhaften Rede am Rundfunk hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Hertz im Zusammenhang mit einer Darlegung der Finanzverhältnisse des Reichs die Gründe mitgeteilt, die ihn veranlassen haben, das Amt des Finanzministers nicht zu übernehmen. Er tat es mit grosser Zurückhaltung und sehr viel Takt, aber es wurde doch deutlich erkennbar, dass er den Wunsch seiner politischen Freunde deshalb nicht erfüllt hat, weil er die Verantwortung für eine Finanz- und Steuerpolitik nicht eingehen wollte, die er selbst nicht restlos billigt. Trotz dem Tilgungsgesetz, das für jeden Klarsehenden Steuerverminderungen in irgendwie nennenswertem Umfang zum mindesten für das Jahr 1930 unmöglich macht, halten Volkspartei und Demokraten an ihrem Steuersenkungsprogramm fest, und einer, der trotz seinen mehrfach zum Ausdruck gebrachten Zweifeln an der Erfüllbarkeit dieser Ideen das Ministeramt angetreten hätte, wäre sehr bald in einen schweren Konflikt mit den Koalitionspartnern oder seinem Gewissen geraten. Das wird auch die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion verstehen, die in der Nacht zum Sonntag so lebhaft verlangte, dass Hertz der Nachfolger Hilferdings werde. Ein Mann, der seine Grundsätze nicht preisgeben will, ist ihr lieber und wertvoller als die Gewissheit, dass ein bestimmter Posten im Kabinett in sozialdemokratischen Händen bleibt.

Aber die Rede von Hertz ist mehr als eine Klarstellung der Motive seines Verzichts. Sie beleuchtet die innerpolitische Situation und gibt uns so etwas wie einen Leitfadens durch das Wirrsal der letzten Wochen, in dem zumal für den Aussenstehenden nicht immer klar erfassbar war, welche Erwägungen und welche Gedankengänge die Stellungnahme der auf dem politischen Theater mitwirkenden Personen und Gruppen bestimmten.

Was wollte zum Beispiel Herr Schacht? Es wäre sicher ungerecht, ihm nachzusagen, dass ihm nicht tatsächlich die Ordnung der Finanzen und eine Beseitigung oder doch wesentliche Einschränkung der schwebenden Schuld am Herzen liegen. Aber die Wege, auf denen er sein Ziel erreichen möchte, sind eben andere als die unsrigen. Er ist der Vorkämpfer der privaten Wirtschaft gegen die sogenannte öffentliche Hand, und damit ist der Gegensatz zur Sozialdemokratie gegeben. Nicht etwa als ob es sein nächster Wunsch wäre, die Sozialdemokratie aus der Regierung zu entfernen. Er hat das selbst ausdrücklich bestritten, und wir können ihm in diesem Fall glauben. Er kennt sehr wohl die Schwierigkeiten, die dem Versuch einer Finanzreform ohne die Sozialdemokratische Partei entgegenstehen. Er hat das Bestreben, uns mit einzuspannen und uns mitverantwortlich zu machen, oder wenn man so will, uns zu kompromittieren. Wenn er in dem der Regierung und dem Parlament aufgezwungenen Tilgungsgesetz von Ersparnissen redet, so öffnet er damit die Bahn für diejenigen, die bei Ersparnissen in erster Linie an eine Entlastung der privaten Wirtschaft denken und den Hebel überall dort ansetzen wollen, wo öffentliche Betriebe dem kapitalistischen Unternehmertum eine unliebsame Konkurrenz bereiten oder wo die sozialen Gesetze das freie Spiel der Kräfte, wie es der Kapitalismus versteht, erschweren.

Kein Zweifel, dass namentlich die Deutsche Volkspartei diese Absichten durchaus versteht und würdigt und dass deshalb bei ihr und den Kreisen des ihr nächstehenden Unternehmertums der Reichsbankpräsident trotzdem, dass er auch sie unter das Joch seiner Diktatur gebeugt hat, nach wie vor in hohem Ansehen steht. Sie wird, sobald die Ersparnisse auf die Tagesordnung kommen, ganz sicher wieder auf den Abbau der Erwerbslosenversicherung hinarbeiten und sich dabei auf die Autorität des Herrn Schacht berufen, auch wenn dieser in schöner Bescheidenheit erklärt, dass er nicht befugt und nicht gewillt sei, Ratschläge oder Anregungen in Einzelfragen zu erteilen. Sie wird das umso mehr tun, als sie durch den Gang der Dinge genötigt worden ist, jetzt der Beitragserhöhung zuzustimmen, ohne doch die sichere Aussicht auf die Steuermenkung zu erhalten. Sie fühlt sich ein wenig betrogen, und das war ja schliesslich auch der Grund, aus dem sie durch Vermittlung der Minister Curtius und Moldenhauer die Entlassung Hilferdings betrieben hat. Da sie an ihrem sachlichen Misserfolg nichts ändern konnte, sollte ihren Anhängern doch in der Verabschiedung Hilferdings eine Art von persönlichem Erfolg vorgezeigt werden. Während all der Verhandlungen, die über das Schachtsche Memorandum und das Finanzprogramm gepflogen worden waren, hatten die Vertreter der Deutschen Volkspartei kein Wort der Kritik gegen den Finanzminister gesagt und nur die in den Händen des Staatssekretärs Popitz liegende technische Leitung des Ministeriums bemängelt. Erst als das Tilgungsgesetz einen Teil ihrer Hoffnungen zu vernichten schien, änderte die Fraktion ihre Stellung. Dass ihr Stoss ins Leere ging, da Hilferding sein Demissionsgesuch bereits selbst überreicht hatte, ist nicht ihre Schuld.

Nun lagen die Dinge keineswegs so, dass die Volkspartei keinen Sozialdemokraten mehr im Finanzministerium hätte sehen wollen. Im Gegenteil: aus denselben Erwägungen heraus, aus denen Schacht die Sozialdemokratie nicht aus der Regierung verdrängen will, hätte die Volkspartei gewünscht, dass einer der unseren die Nachfolgerschaft Hilferdings anträte, und es würde ihr wohl auch besonders angenehm gewesen sein, wenn Hertz dieser eine gewesen wäre, da sie sich der Hoffnung hingab, auf diese Weise die Sozialdemokratische Fraktion eines der kenntnisreichsten Gegner der volksparteilichen Reformpläne berauben zu können. Ihre Erwartungen würden sich sicherlich nicht erfüllt haben. Aber jedenfalls ist es besser, dass nun in dieser Beziehung klare Verhältnisse geschaffen worden sind und dass Herr Moldenhauer gezwungen ist, sich an der Quadratur des Kreises zu versuchen.

Jetzt ist also zunächst die Strasse für die Verhandlungen der Haager Schlusskonferenz frei, und nur der nicht zu unterschätzende Schaden bleibt bestehen, dass Deutschland den Reparationsminister unmittelbar vor den entscheidenden Besprechungen gewechselt hat. Die Frage ist nur, was hinterher werden soll.

Wir geben dem volksparteilichen "Hannoverschen Kurier" durchaus recht in seiner Auffassung, dass es nach dem Haag nicht angängig sein werde, "die innere Klärung noch weiter hinauszuschieben". Nur spricht das Blatt davon, dass die Sozialdemokratie gezwungen werden müsse, Farbe zu bekennen, da seine Freunde nur erst recht auf den dann vorzunehmenden Reformen zu bestehen hätten. Es irrt sich, wenn es glaubt, auf uns einen Zwang ausüben zu müssen. Unsere Meinung ist durch die Erklärung, die wir schon vor der Einbringung des Tilgungsgesetzes im Reichstag abgegeben haben, verständlich genug zum Ausdruck gebracht worden, und der Verzicht von Dr. Hertz hat sie noch einmal bekräftigt. Es kommt viel mehr darauf an, dass die Volkspartei und mit ihr die anderen bürgerlichen Gruppen die notwendige Klärung schaffen. Sie müssen sagen, wie sie die vorgesehene Speisung des Tilgungsfonds mit ihren Steuermenkungsabsichten in Einklang bringen wollen und welche Ersparnisse sie an dem neuen Haushaltsplan vorzunehmen gedenken.

Und wenn der "Hannoversche Kurier" weiter ausführt, man sei sich ja wohl auch in sozialdemokratischen Kreisen darüber im Klaren, "dass die Gegensätze zwischen ihnen und den bürgerlichen Koalitionsparteien allzu sehr auseinander klaffen, als dass ein längeres Zusammenarbeiten auf der gegenwärtigen Koalitionsgrundlage noch irgend etwas verspräche", so ist es durchaus richtig, dass auch wir diese Gegensätze sehen. Wenn die Sozialdemokratie ihnen zum Trotz in der Regierung geblieben ist, so wegen ihres starken Verantwortlichkeitsgefühls gegenüber den

SPD. Paris, 27. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die aussenpolitische Aussprache der Kammer brachte am Freitag-Vormittag wieder ein blindes Feuerwerk erregter Rede und Gegenrede, dazu neue Spiegel- fechtereien der Rechtsopposition ohne dass den bekannten Sachverhalten irgend- etwas neues hinzugefügt, oder die Aussenpolitik Briands auch nur im gering- sten ernstlich in Frage gestellt worden wäre. Der von der Reaktion mit sehr viel Geschrei angekündigte "Generalangriff gegen Locarno" ist im Leeren ver- pufft. Die Angreifer fanden nicht einmal den Mut, ein platonisches Misstrau- ensvotum gegen Briand zu lancieren und ausgerechnet der jüngst zur Friedens- politik bekehrte Abg. Reynaud musste Briand den Gefallen tun, durch den Schein- antrag einer Zurückverweisung des ersten Kapitels im auswärtigen Etat dem Aussenminister die Gelegenheit zur Stellung der Vertrauensfrage zu geben, so- dass Briand die Kammer zu einem klaren Bekenntnis und zur Übernahme der Ver- antwortung zwingen konnte.

Zu Beginn der Sitzung setzte Franklin-Bouillon seine längst bekannten An- griffe fort und berief sich u. a. auch auf Erklärungen des Zentrumsabgeordneten Kaas, die dem deutschen Verzicht auf Elsass-Lothringen widersprechen. Briand sah sich wiederholt gezwungen unrichtige Angaben und Auslegungen Franklin- Bouillons durch Zwischenrufe ad hoc zu berichtigen. Franklin-Bouillon erklär- te u. a., dass der Marschall Foch seinerzeit die Rheinlandräumung ein Verbre- chen gegen das Vaterland bezeichnet habe. Als Briand das bezweifelt, zog der reaktionäre Abg. Reibel ein Dokument aus der Tasche und erklärte, dies sei eine eigenhändige Note Fochs aus dem Jahre 1926 an den Präsidenten der Repu- blik und den damaligen Ministerpräsidenten Poincaré, in der Foch vor einer völligen Räumung des Rheinlandes warne. Die Enthüllung Reibels entfesselte einen stürmischen Ausbruch in der Kammer. Briand ruft, er als Aussenminister habe von dieser Note keinerlei Kenntnis und der Marschall habe kein Recht ge- habt ohne sein Wissen eine Note an den Präsidenten der Republik und an Poin- caré zu richten, deren Existenz er, der verantwortliche Aussenminister, erst Jahre später durch einen Zufall erfahre, weil es einem Deputierten in schlech- ter Laune einfallt, ein Papierchen aus der Tasche zu ziehen. Solche politi- schen Methoden müssten verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen.

Der Abg. Marin, der als erster Redner in der Nachmittagssitzung auftrat, rechtfertigte sich zunächst, dass er zwar als Minister im Kabinett Poincaré dem Genfer Protokoll zugestimmt habe, jetzt aber den Young-Plan, die Räumung und die Haager Vereinbarungen ablehne. Er habe damals nicht ahnen können, dass das Protokoll zu neuen Verzichten Frankreichs habe führen können. Frank- reich habe nicht nur eine starke Verminderung seines Reparationsanteils hin- nehmen müssen, es habe alle Garantien aufgegeben und stütze sich heute nur noch auf den guten Willen Deutschlands. Man laufe Gefahr, dass die Reparations- politik die Politik Frankreichs und seiner kleinen Alliierten durchkreuze.

SPD. Verschiedene Ereignisse der jüngsten Zeit haben das russische Natio- nalgefühl, das von der Sowjetregierung fast noch mehr gepflegt wird, als dies in bürgerlich regierten Staaten geschieht, beträchtlich gesteigert. Die Wieder- aufnahme der englisch-russischen Beziehungen, die Befestigung der russisch- türkischen Freundschaft und vor allem die Unterwerfung der Mandschurei unter die sowjetrussischen Forderungen bei den Verhandlungen von Chabarowsk, das sind, wenigstens nach aussen hin, sichtbare Prestigeerfolge der Sowjetunion, die geeignet sind, die Stellung der bolschewistischen Regierung in der Welt und nicht zuletzt in Russland selbst zu festigen. Schon macht sich infolgedes- sen im Kreml ein nationalistischer Übermut bemerkbar, der sich namentlich in den letzten Tagen in zwei Fällen geäußert hat: die amerikanische Note, durch die Moskau an die Verpflichtungen erinnert wurde, die es durch seinen Bei- tritt zum Kellogg-Pakt übernommen hat, wurde von Litwinow als gegenstandslos

Staatsnotwendigkeiten. Dass wir nicht an der Regierung und dieser Koalition kleben, dürfte jedermann wissen. Will die Volkspartei zu den Deutschnationalen zurückkehren und hofft sie mit ihnen die Finanzreform des Unternehmertums durchführen zu können, so soll sie ihre Strasse ziehen. Wir haben unsere Pflicht gegen den Staat und gegen die arbeitende Bevölkerung innerhalb der Regierung getan und wir würden sie auch in der Opposition zu erfüllen wissen.

SPD. Paris, 27. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Kammerfraktion hat am Freitag mit 13 gegen 10 Stimmen beschlossen, bei dem Abschluss der ausserpolitischen Debatte im Prinzip gegen die Regierung zu stimmen. Falls die Situation für die Regierung jedoch bedrohlich werden sollte, will man sich angesichts der Haager Konferenz der Stimme enthalten.

SPD. Amsterdam, 27. Dez. (Eig. Drahtb.)

In Bandjermasin auf Westborneo wurde der niederländische Hauptmann Quant während der Inspektion eines Dorfes von zwei Eingeborenen ermordet. Die Täter wurden sofort nach ihrer Ergreifung hingerichtet.

SPD. Saarbrücken, 27. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die in der Action Francaise wiedergegebene Meldung über ein angebliches Austauschgeschäft in der Saarfrage, nach dem Deutschland Kolonien zurückgegeben werden sollen, wenn der status quo an der Saar erhalten bleibt, erfährt im Saargebiet restlose Ablehnung.

Die sozialdemokratische Saarbrücker "Volksstimme" macht darauf aufmerksam, dass die Zweckmeldung der französischen Rechten lediglich der Absicht dient, die bürgerliche Mehrheit des englischen Unterhauses durch Aufwerfen der Kolonialfrage in Verbindung mit der Saarfrage zu beunruhigen und dadurch sowohl der englischen Arbeiterregierung für ihre korrekte Haltung in der Saarfrage und ihre Zurückziehung der Truppen aus dem Saargebiet eine Quittung zu erteilen sowie die deutsch-französische Einigung in der Saarfrage durch Verquickung mit anderen Problemen möglichst zu erschweren.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner Freitagsitzung in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten in eingehender Aussprache mit den auf der bevorstehenden Haager Konferenz zur Beratung stehenden Problemen. Die Erörterungen werden am Sonnabend gleichfalls unter Beteiligung des Reichsbankpräsidenten fortgesetzt.

Von dem Ausgang dieser Besprechungen wird es abhängen, ob Reichsbankpräsident Dr. Schacht der deutschen Delegation für den Haag angehören wird oder nicht. Voraussetzung dazu ist selbstverständlich, dass zwischen der Reichsregierung und Schacht in den Hauptfragen die erforderliche Uebereinstimmung erzielt wird. Im anderen Falle wird Schacht der deutschen Delegation nicht angehören.

und sogar als eine unfreundliche Einmischung zurückgewiesen; und eine ähnliche Note, die Rumänien durch die Vermittlung des französischen Botschafters Herbette überreichen lassen wollte, ist von Litwinow überhaupt nicht in Empfang genommen worden. Auf die Gefahr hin, Frankreich empfindlich zu verletzen, hat sich sogar das Aussenkommissariat beeilt, jene etwas groteske Szene zu schildern und zu publizieren: wie Herbette vergebens versuchte, das rumänische Schriftstücke Litwinow vorzulegen, der sich dabei anscheinend die Ohren zuhielt, und es sodann auf dem Arbeitstisch des Volkskommissars zurücklassen wollte, der es ihm mit Gewalt in die Rocktasche wieder zu stecken bemüht war!

Schon die Regierung von Washington hatte sich eine in der Form weniger verletzende, in der Sache ebenso deutliche Abfuhr geholt, Litwinow liess Stimson antworten, dass erstens der Konflikt in der Mandschurei vor der Beilegung durch direkte Verhandlungen stehe, dass es im übrigen nicht Aufgabe solcher Staaten sei, die Sowjet-Russland nicht einmal anerkannt hätten, Mahnungen und Ratschläge in Moskau zu erteilen. Sogar die Regierung der U.S.A. hat diese scharfe Absage - wenigstens vorläufig - stillschweigend eingesteckt und das hätte auf die kleineren Staaten abschreckend wirken müssen.

Wie steht es nun mit der Sache selbst? Es scheint, dass zwischen Moskau und den Kellogg-Pakt-Mächten in bezug auf den ostchinesischen Konflikt ein sonderbares Versteckspiel getrieben wird. Dieser Konflikt ist im Juli 1929 durch das Vorgehen der Mukdener Regierung entstanden, deren rechtliches Verhältnis zur Nationalregierung in Nanking etwa dem Verhältnis zwischen der bayerischen Regierung in München und der Reichsregierung in Berlin entspricht. Damals hielt sich Nanking für verpflichtet, Mukden zu decken, vielleicht mehr aus Angst vor einem separatistischen Abfall der Mandschurei-Generäle als aus innerster Überzeugung. Die Folge war aber ein offizieller Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Nanking. Später ging die Rote Armee - zweifellos entgegen dem Wortlaut und dem Geist des Kellogg-Paktes - zum bewaffneten Angriff gegen die Mandschurei über. Während nun die Nationalregierung an den Völkerbund und an die Mächte des Antikriegspaktes appellierte, bekamen es die Generäle der Mukdener Regierung mit der Angst zu tun und sie knüpften direkte Verhandlungen mit den Russen an. Sie hatten zwar der Zentralregierung die ganze Affäre eingebrockt, aber jetzt kümmerten sie sich nicht im Geringsten um Nankings Meinung, sondern beschlossen auf eigene Faust die Kapitulation (vielleicht sogar mit separatistischen Nebenabsichten).

Inzwischen lief die von Nanking eingeleitete diplomatische Aktion weiter. Die Washingtoner Regierung hat zweifellos ihre Pflicht getan, als sie, zusammen mit anderen Mächten, in Moskau intervenierte. Aber die Mächte sind dabei in eine schiefe Lage geraten: denn sie gingen von der Annahme aus, dass es nur ein China gibt, dessen Regierung in Nanking sitzt, während in Wirklichkeit diese Nankinger Regierung so schwach ist, dass die Unterbefehlshaber in Mukden, ohne Nanking zu fragen, auf eigene Faust unterhandeln und sich sogar unterwerfen.

Unter diesen Umständen ist zwar der grosse diplomatische Sieg, als den Sowjetrussland das Ergebnis der Verhandlungen von Chabarowsk in die Welt hinausposaunt, sehr fraglicher Natur; aber auch die Mächte können einstweilen unmöglich ihre Friedensaktion weiterverfolgen. Danach dürfte auch die Antwort des Völkerbundsrates ausfallen, wenn China, d.h. Nanking, auf der Januar-tagung ein Eingreifen von ihm verlangt. Man wird dem Vertreter der Nationalregierung erwidern müssen: Zunächst muss der Beweis erbracht werden, dass ganz China, insbesondere auch die Unterregierung in Mukden, auf Nankings Weisungen hört, sonst ist jede Aktion des Völkerbundes zwecklos.

Der sowjetrussische Imperialismus im Fernen Osten verteidigt die Er-rungenschaften des Zarenreiches, als das die Kontrolle über die ostchinesi-sche Eisenbahn bezeichnet werden muss, mit den gleichen Methoden wie der Imperialismus der übrigen Grossmächte: indem er nämlich die Zerrissenheit Chi-

nas fördert und die rivalisierenden Generäle und Gouverneure gegeneinander auspielt, Einst feierte die Dritte Internationale den "Genossen Tschiangkai-schek" als den Befreier des chinesischen Proletariats gegen den "imperialistischen Henker Tschangtsolin". Heute schliesst Moskau Separatfrieden mit dem leibhaftigen Sohn Tschangtsolins, dem Marschall Tschiangsueliang, dem Oberbefehlshaber der Mukdener Regierung, gegen den "Henker Tschiangkaischek". Die Wege der "proletarischen Weltrevolution" sind seltsam verschlungen, besonders wenn es gilt, imperialistische Zwangsverträge, die man vom Zaren aller Reussen geerbt hat, gegen ein um seine politische Freiheit ringendes Volk zu verteidigen!

SPD. München, 27. Dezember (Eig. Drahtb)

Die ständigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich die vor einigen Jahren errichtete Bergbahn von dem bei Innsbruck gelegenen Kurort Igls auf den Patscherkofel befindet, haben nun dazu geführt, dass die Bahn, das Kurhaus von Igls und alle dazu gehörigen Kurbetriebsanlagen in italienischen Besitz übergehen sollen. Die Verhandlungen sind zwar noch nicht abgeschlossen, da die zuständigen Regierungsbehörden in Wien Schwierigkeiten machen.

Das Patscherkofel-Gelände beherrscht strategisch nicht nur die Bahnanlagen und die Strasse zum Brenner, sondern auch die Verkehrslinien im Inntal, also die internationalen Verbindungen von der Schweiz nach Wien und nach Deutschland.

SPD. Marseille, 27. Dezember (Eig. Drahtb)

In der Nacht zum Freitags wurde auf die Filiale der Marseiller Kreditbank in Golf Juan an der französischen Riviera ein verwegener Raubüberfall verübt. Um den Kassenschrank zu sprengen brachten die Räuber eine Bombe zur Explosion, die zwar den Kassenschrank aufriss, gleichzeitig aber auch das Bankgebäude schwer beschädigte und die gesamte Büroeinrichtung zerstörte. Trotzdem mussten die Übeltäter mit leeren Händen abziehen, weil der Kasseneinhalt vor Bankschluss nach Marseille gebracht worden war.

SPD. Frankfurt/M., 27. Dez. (Eig. Drahtb)

In Frankfurt ist ein kommunaler Skandal aufgedeckt worden, in dessen Mittelpunkt einer der volksparteilichen Führer in Frankfurt, Generaldirektor Tillmetz steht. Tillmetz, der seinerzeit durch die Bemühungen seiner Partei als Leiter der Städtischen Gasgesellschaft mit einem Festgehalt von 65 000 Mark jährlich angestellt wurde und durch Tantiemen etwa 200 000 Mark jährlich bezog, wurde jüngst mit 45 000 Mark Jahreseinnahme pensioniert. Nunmehr soll seine Pension beschlagnahmt werden, da unter seiner persönlichen Verantwortung der halb-privaten Gasgesellschaft "Vig" unglaubliche und sehr erhebliche Kredit-Überschreitungen gestattet wurden. Eine rechtliche Klärung steht bevor, obwohl von interessierter rechtsbürgerlicher Seite Vertuschungsbemühungen im Gange sind, da noch andere für die Rechtsparteien höchst peinliche Feststellungen drohen.

SPD. Der amerikanische Botschafter in Berlin Jakob Schurman hat bereits im September des vergangenen Jahres anlässlich des Amtsantrittes des Präsidenten Hoover sein Amt zur Verfügung gestellt. Der amerikanische Staatspräsident hat das Abschiedsgesuch jetzt angenommen. Schurman wird Berlin bereits im Januar verlassen und nach New York übersiedeln.

SPD. Stettin, 27. Dezember (Eig. Drantb.)

Der 18jährige Reiter Daus von der 4. Eskadron des Reiterregiments 5 in Stolp brachte sich am Heiligabend einen Bauchschuss bei, an dessen Folgen er inzwischen gestorben ist. Daus war wegen Diebstahls zu 14 Tagen verschärften Arrestes verurteilt worden. Diese Strafe sollte er am Heiligabend antreten. Offenbar aus Verzweiflung über diese unmenschliche Anordnung der zuständigen militärischen Dienststelle hat sich Daus den tödlichen Schuss beigebracht.

SPD. Paris, 27. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Abgeordnete Reynaud stellt nach der Rede Marins den Antrag, das erste Kapitel des Auswärtigen Budgets an die Kommission zurückzuverweisen. Ministerpräsident Tardieu spricht Reynaud den Dank für seinen Antrag aus, da der Regierung damit Gelegenheit werde, sich das Vertrauensvotum, das sie für die Haager Konferenz brauche, zu erzwingen. Die Opponenten der Regierung hätten in all ihrer negativen Kritik kein Gegenprogramm vorgelegt. Die zweite Haager Konferenz sei auf das sorgfältigste vorbereitet worden. Er, Tardieu, der am Versailler Friedensvertrag mitgearbeitet habe, gebe zu, dass dieser Lücken aufweise und er sei mit Briand vollkommen solidarisch in dem Bemühen, diese Lücken nach den Richtlinien der Friedenspolitik auszufüllen. Im Sinne seiner Solidarität mit Briand fordert er von der Kammer ein klares Vertrauensvotum, damit die Regierung die notwendige Autorität für die Haager Konferenz habe.

Der Antrag Reynaud wurde mit 342 gegen 17 Stimmen abgelehnt und damit gleichzeitig der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Die Linke enthielt sich der Abstimmung.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Spaltung der indischen Arbeiterbewegung.

(Von unserem Orientkorrespondenten.)

SPD. Kalkutta, im Dezember (Eig. Bericht)

Die Kommunisten haben jetzt nach dreijähriger Wühlarbeit auch in der indischen Arbeiterbewegung das erreicht, was ihnen in den übrigen Ländern der Erde teilweise bereits gelungen ist. Zwar ist es ihnen in Indien ebenfalls nicht geglückt, die Gewerkschaften ganz in ihre Hand zu bekommen, aber die Jünger Moskaus haben den Bruch provoziert und durchgesetzt. Jetzt sitzen sie triumphierend auf einem Trümmerhaufen.

Die Art und Weise der kommunistischen Taktik in Indien unterscheidet sich in nichts, von der ihrer europäischen Gesinnungsgenossen, in der Theorie die bereits ins unendliche abgekauten Phrasen, während sie in der Praxis, der letzte grosse Textilarbeiterstreik in Bombay ist ein trauriger Beweis dafür, kläglich versagen. Das gleiche gilt für die taktischen Methoden, die zu dem bedauerlichen Ergebnis des Gewerkschaftskongresses in Nagpur geführt haben. Die nicht gesinnungstüchtigen Delegierten wurden bereits auf dem Bahnhof mit lärmenden Kundgebungen begrüsst, denn die grossen Eisenbahnwerkstätten von Nagpur bilden einen der Hauptstützpunkte der Radikalinskis. Der Sitzungssaal war mit Inschriften geschmückt, die für eine kommunistische Agitationsversammlung passend gewesen wären, aber nicht für eine Jahrestagung der gesamten indischen Arbeiterschaft.

Es würde ein Wunder sein, wenn der kommunistische Erfolg mit einwandfreien Mitteln erreicht worden wäre. Den Ausschlag für die Annahme der unstrittenen Resolutionen gaben die Eisenbahnarbeitergewerkschaft von Nagpur und die Girni Kanga Union, der kommunistische Textilarbeiterverband Bombays, deren Recht an der Teilnahme am All Indischen Gewerkschaftskongress von dem dissentierenden Flügel bereits seit langem bestritten wird. Sachlichkeit und Anerkennung der Regeln sind aber noch nie die starke Seite der Trabanten von Moskau gewesen und der Erfolg der Spalter ist auch diesmal einzig und allein auf die brutale Ausserachtlassung der Formen zurückzuführen, nach denen sich jede demokratische Massenbewegung regelt.

Die Fragen, über die sich die Geister geschieden haben sind die nach Mitarbeit oder Boykott der augenblicklich zur Untersuchung der indischen Arbeitsverhältnisse im Lande befindlichen Whitley Commission, der Entsendung einer indischen Arbeiterdelegation zur nächsten Internationalen Arbeitskonferenz in Genf und die des Anschlusses der indischen Gewerkschaften an das Pan Pazifische Gewerkschafts Sekretariat, der Vertretung der Roten Gewerkschafts Internationale für den Fernen Osten gewesen.

Der Sieg der Parteigänger Moskaus, die sich nicht offen zu ihrer Fahne zu bekennen wagen, ist ein Pyrrhussieg. Ihr Vorgehen hat noch nicht einmal die Sympathie der nationalistischen Politiker gefunden, die in der indischen Gewerkschaftsbewegung eine leider nur zu einflussreiche Rolle spielen. Selbst ein so offenkundiger Freund Moskaus wie der Leiter des diesjährigen Indischen Nationalkongresses, Pandit Jawaharlal Nehru, der den Kongress in Nagpur präsiidierte und die Eröffnungsrede hielt, besass wenigstens soviel Objektivität, um gleichzeitig vor dem Anschluss an Amsterdam wie vor dem an Moskau zu warnen.

Die enge Bindung an die aus unendlich vielen Bestandteilen zusammengesetzte nationale Freiheitsbewegung ist bisher eine schwere Belastung für die Entwicklung der indischen Arbeiterbewegung gewesen. Sie ist zwar ein notwendiges Produkt der Verhältnisse, denn der Antriebe zur Organisation der indischen Massen konnte nur von aussen her und dann nur aus dem Lager der bürgerlichen Intellektuellen kommen, die gleichzeitig die Avantgarde des seine Fühler nach allen Richtungen ausstreckenden Nationalismus sind. Infolgedessen befinden sich die Gewerkschaften unter dem geistigen Einfluss einer Intelligenz, deren Ideologie zwar sozialistisch angehaucht aber stärker mit nationalem als mit

sozialistischem Geist durchtränkt ist. In diesem Zwiellicht der Begriffe hat eine radikale Propaganda leichtes Spiel und Moskau hat sich die Geistesverfassung der jüngern Generation der indischen Intelligenz für seine Zwecke nutzbar gemacht, die das Heil von der grossen Revolution mit dem Generalstreik als Vorläufer erwarten und die den gandhistischen Gedanken der no-cooperation als das überlebte Geschwätz eines verkalkten Kleinbürgers ansehen.

Logischerweise bestanden die ersten und einzigen Tagen des Kongresses, der bei normalem Verlauf eine reichhaltige und bedeutsame Tagesordnung hätte erledigen können, nach dem Auszug der Reformisten in der sattsam bekannten Resolutionsschusterei. Man verwarf die Beteiligung an der Genfer und an der Round Table Konferenz, begrüßte die Gefangenen von Meerut, schloss sich der Liga gegen den Imperialismus und dem Pan Pazifischen Gewerkschaftssekretariat an. Was hätte man auch anderes tun können, nachdem die alten Führer der indischen Gewerkschaftsbewegung wie N.M.Joshi, Diwan Chamanlal, V.V.Giri und Shiva Rao mit 24 der wichtigsten Verbände unter diesen Umständen verzichtet hatten, weiter an den Beratungen teilzunehmen. Die Pläne der Ausgeschiedenen gehen dahin, sich in einer All Indian Trade Union Federation zusammenzuschließen, deren erster Kongress im nächsten Frühjahr stattfinden wird. Eine der wenigen zentral zusammengefassten Organisationen, die Eisenbahner haben sich auf ihrer unmittelbar nach dem Kongress abgehaltenen Jahresversammlung zu der neuen Vereinigung bekannt, aber die Forderung des kommunistischen Flügels nach der sofortigen Proklamation eines Generalstreiks verworfen.

Die Auseinandersetzung in Nagpur hat in der indischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt, denn auch im bürgerlichen Lager wächst die Erkenntnis von der Bedeutung der indischen Arbeiterbewegung für die Zukunft Indiens. Der Industrialisierungsprozess des Landes ist bei weitem nicht zu Ende sondern macht weiter unaufhaltsame Fortschritte. Der ländliche Süden ist auf dem Wege zu einer grossen und modernen Textilindustrie, die Bombay und Kalkutta wahrscheinlich bald in den Schatten stellen wird, denn er besitzt ausgezeichnete Rohstoffe, Wasserkraft und billige Arbeiter in Hülle und Fülle. Unter diesen Umständen wird sich das Entwicklungstempo der indischen Gewerkschaftsbewegung, das schon in den letzten Jahren erstaunlich gewesen ist, noch beschleunigen.

Das grosse Verbrechen der Radikalen besteht darin, dass sie eine Bewegung, die noch jung und schwach ist, zur Spaltung getrieben haben. Trotz der Nachteile, die im Anfang daraus erwachsen werden, bildet aber der jetzt eingetretene Zustand die notwendige Voraussetzung eines Klärungsprozesses, der vom kommunistisch schillernden Sozialismus zum gewerkschaftlichen Sozialismus führen wird. Wie lange dieser Vorgang dauern wird, hängt allerdings nicht allein von den indischen Arbeitern allein ab. Er wird in hohem Masse davon beeinflusst werden, ob die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung Europas sich dazu erschliessen wird, die Konsolidierung der indischen Gewerkschaftsbewegung aktiv zu unterstützen.

SPD. Stambul, Ende Dezember (Eig.Ber.)

Der stellvertretende russische Aussenkommissar Karahan, der nach seinem offiziellen Besuch in Angora noch einige Tage privat in Stambul verweilte und dann auf einem russischen Torpedoboot die Rückreise nach Russland antrat, empfing vor der Abfahrt u.a. den Vertreter des "Soz.Pressedienst" in Konstantinopel und übermittelte ihm eine längere schriftliche Erklärung, der wir folgendes entnehmen :

"Die Bedeutung des Protokolls, das wir in Angora unterzeichnet haben, überschreitet bei weitem die Grenzen der Formulierung der einzelnen Artikel. Die trockenen juristischen Formeln können nicht hindern, dass dahinter jene wahrhaftige Wärme und Freundschaftlichkeit sichtbar werden, die unsere Beziehungen charakterisieren und die uns den Wortlaut des Protokolls diktiert haben. Die

türkisch-russischen Beziehungen setzen ihre aufsteigende Linie fort. Wir schreiten von einer Etappe zur andern: Moskau, Paris, Odessa, Angora - da ist der Weg, den wir verfolgt haben. Das von uns unterzeichnete Protokoll stellt eine neue Befestigung unserer Beziehungen dar. In diesem Protokoll haben wir das formuliert, was unseren beiden Regierungen ohnehin schon klar gewesen ist. Ich werde mich glücklich schätzen, im kommenden Jahre den türkischen Aussenminister und zugleich meinen besten Freund (den Halbfaschisten) Tewfik Rüşdi Bej in Moskau begrüßen zu können. Sowie ich nach Moskau zurückgekehrt sein werde, werde ich dort die türkisch-russische Konferenz eröffnen, die über den Abschluss eines neuen endgültigen Handelsvertrages zu beraten haben wird. Was den Status bis zum Abschluss dieses Vertrages betrifft, so haben wir mit der türkischen Regierung einen Modus vivendi geschaffen, der den wirtschaftlichen Interessen beider Länder gut entspricht."

Karahan dementierte im übrigen im Laufe einer Unterhaltung alle Gerüchte, die von seiner Versetzung bzw. der des gegenwärtigen Sowjetbotschafters in Berlin, Krestinski, nach Angora wissen wollten. Was Tschitscherin angehe, so habe er, Karahan, Tschitscherin erst vor einigen Wochen in Deutschland besucht und zu seiner Freude feststellen können, dass sich der Gesundheitszustand Tschitscherins sehr erheblich gebessert habe. Während vor einigen Monaten noch keine Rede davon hätte sein können, dass Tschitscherin die Leitung des Aussenkommissariats wieder übernehmen würde, werde diese Frage in Moskau jetzt ernsthaft diskutiert. Alles hänge natürlich von der weiteren Entwicklung des Gesundheitszustandes Tschitscherins ab, der übrigens im Januar nach Moskau zurückkehren werde.

SPD. New York, 27. Dezember (Eig. Bericht)

Vor einiger Zeit erschien in der amerikanischen Presse folgende Meldung: "Auf dem französischen Panzerkreuzer Waldeck Rousseau (Wasserverdrängung 14 000 Tonnen) brach in der zweiten Oktoberwoche in den chinesischen Gewässern in der Nähe von Amoa ein revolutionärer Aufstand aus, der nur mit Hilfe des vom Kapitän des Waldeck Rousseau radiotelegraphisch herbeigerufenen amerikanischen Kreuzers Pittsburgh (Wasserverdrängung 15 400 Tonnen) unterdrückt werden konnte." Nichts weiter. Ein undurchdringlicher Schleier hing über den Geschehnissen, die mit Beharrlichkeit von den Marineministerien der Vereinigten Staaten und Frankreichs totgeschwiegen wurden.

Jetzt sind durch die Erzählungen der Matrosen des zu Hilfe gerufenen amerikanischen Kreuzers "Pittsburgh" einige Tatsachen an die Öffentlichkeit gelangt, die ein lebhaftes Licht auf die Tragödie, die sich an Bord des meuternden "Waldeck Rousseau" abspielte, werfen. Aus den Mitteilungen der amerikanischen Seeleute geht hervor, dass der grösste Teil der Besatzung des französischen Schlachtschiffes an dem Aufstande teilnahm und die Offiziere, die sich im Besitze der Radio-Schiffsstation befanden, in ihrer Kopflosigkeit und Angst vor einem dem russischen Potemkin-Aufstand ähnlichen Schicksal einen Hilferuf nach dem anderen an den Amerikaner sandten. Der amerikanische Kreuzer eilte mit Volldampf herbei und "besänftigte" die Aufständischen vorderhand mit der Drohung, das Schiff zu versenken. Im Angesichte der drohenden Kanonen des Amerikaners kapitulierten die französischen Matrosen, die sich anscheinend nicht stark genug fühlten, um mit der modernen "Pittsburgh" den Kampf aufzunehmen.

Von da an ging alles Schlag auf Schlag. Die unmittelbare Folge der Ergebung war die Einsetzung eines ausserordentlichen Kriegsgerichtes, das die beiden Führer des Aufstandes zum Tode durch den Strang verurteilte. Das Urteil wurde an Ort und Stelle vollstreckt und vor den Augen der gesamten Besatzungen beider Kreuzer wurden die beiden französischen Matrosen an Bord des "Waldeck Rousseau" aufgehängt. Alle am Aufstand beteiligten Matrosen wurden

späterhin abgelöst und sind vor ein französisches Marinegericht gestellt worden, über dessen Urtheilssprüche die Öffentlichkeit bisher nichts erfahren hat.

Die Tatsachen sprechen eine beredte Sprache. Nur unter dem Schutze und mit direkter Hilfe des amerikanischen Kreuzers konnte die französische Marinejustiz triumphieren und ihren Rachegehlüsten gegen die Verweigerer des gottgewollten Kadavergehorsams gleich an Ort und Stelle die Zügel schiessen lassen. Man kann sich vorstellen, dass ein solcher Liebesdienst den amerikanischen Marinebehörden und der Bundesregierung in Washington nicht gerade angenehm gewesen sein muss. Vielleicht ist dies der Grund, warum sich die amtlichen Stellen in Washington bisher nicht zu den unerhörten Vorgängen geäußert haben.

SPD. Kassel, 27. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Preussische Minister des Innern äusserte sich am Freitag abend in Kassel in einer vom Reichsbanner Schwarzrotgold veranstalteten grossen republikanischen Kundgebung ausführlich zu den aktuellen Problemen der innerdeutschen Politik. Grzesinski führte u.a. aus :

"Der Kurs Hugenbergs in der Deutschnationalen Partei hat eine starke Annäherung dieser Partei an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gebracht, die zumindestens in den von Hugenberg abhängigen Zeitungen der D.N.V.P. recht wohlwollend behandelt wird. Wenn die einst in Deutschland regierenden Schichten den heutigen Stand ablehnen, weil er mit ihren politischen Vorrechten gründlich aufgeräumt hat, weil es heute in Deutschland nicht mehr eine Scheidung gibt zwischen Regierenden und Regierten, so vermag man das vielleicht noch zu erklären aus der Wut der ihrer Macht Beraubten. Aber der Gipfel politischer Unehrllichkeit ist es doch, wenn es heute eine Partei in Deutschland gibt, die sich "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" nennt, ohne dass diese Partei auch nur das Geringste mit der Arbeiterschaft zu tun hat und für Arbeiterinteressen garnicht zu wirken in der Lage ist. Der ganze Name ist schon eine politische Lüge: Diese Partei ist weder Arbeiterpartei, noch hat sie sozialistische Tendenzen, noch ist sie national. Es ist eine ganz ordinäre antisemitische Konjunkturpartei. Fähig nur, den politischen Kampf das Ringen des deutschen Volkes um eine bessere Zukunft zu vergiften, absolut unfähig, praktische Arbeit zum Wohle der Gesamtheit zu leisten. Ich bin davon überzeugt, dass diese nationalsozialistische Welle genau so verebben und versanden wird wie ähnliche antisemitische Bewegungen in früheren Jahrzehnten. Hitler und seine Anhänger sind die Hoffnung und sind die Verbündeten der Reaktionen aller Schattierungen! Oder glaubt jemand, dass der Schwerindustrielle Hugenberg sich mit Herrn Hitler so eng verbündet hätte, wenn er nicht in Hitler und seiner Partei willkommenen Vorspann für die Verwirklichung seiner Pläne sähe? Was für die Nationalsozialisten und ihre Bestrebungen in der Arbeiterschaft Fuss zu fassen, gilt, kann fast in gleicher Weise auf die andere grosse Organisation der Rechten in Deutschland, den Stahlhelm, angewandt werden.

Die Nationalsozialisten behaupten von sich selbst, dass sie den revolutionären Kampf wollen, dass ohne Waffen ihre Ziele nicht zu erreichen seien. Man will den heutigen Staat zertrümmern, deshalb versucht man ihn mit allen Mitteln zu zersetzen, um sich dann rücksichtslos und brutal mit Gewaltmitteln durchzusetzen. Darüber sind sich die Nationalsozialisten, darüber sind sich die Nationalisten überhaupt klar, dass sie eine Minderheit sind und eine Minderheit bleiben werden. Aber sie beanspruchen für sich das Recht, durch eine Diktatur ihre Ideen im Staate zu verwirklichen. Sie wollen eine Revolution, d.h. so wie sie sie verstehen, die anstelle des Mehrheitswillens des Volkes die Diktatur einzelner Weniger oder einiger Stände setzt. Deshalb Republikaner, Kameraden vom Reichsbanner, ist es notwendig, dass wir unsere Kräfte anbieten, um an jedem Ort, zu jeder Stunde dieser Agitation und Hetze entgegenzutreten. Gerade in dieser Notzeit muss unsere Losung sein, Republikaner: Trotz alledem die Republik!"

"Réveillon."

SPD. Paris, Weihnachten 1929.

Was dem Deutschen seine Gans, ist dem Franzosen seine Ente. Zu Hunderttausenden sind sie auch in diesem Jahr geschlachtet worden und in den Bratpfannen gewandert. Nicht nur das arme Federvieh musste es am eigenen Leibe erfahren. Von den Austern und Krebsen angefangen, über die Hasen und die Rehe bis zu den Ochsen; es war ein Massenschlachten, und sie sind alle gestorben, damit die Menschen leben und Feste feiern können, damit dieser ungeheure Bauch von Paris gesättigt werden konnte. Er hat wieder etwas vertragen, bei dem diesjährigen Réveillon.

Zweimal jährlich kehrt das Fest wieder. Am Weihnachtsabend und am Sylvesternabend. Andere Länder, andere Sitten. In Deutschland bedeutet die Nacht zum ersten Weihnachtstag die Ruhe und die Stille. Oede und verlassen sind selbst die Hauptstrassen unsrer Millionenstädte. Paris dröhnt in dieser Nacht vom Lärm und der Ausgelassenheit in den Strassen und Lokalen. Wochen- und tagelang vorher müssen in den Restaurants und Kaffeehäusern die Plätze zu einem Réveillonabend bestellt werden, und wer es nicht getan hat, wird vergebens einen Platz suchen.

Das ist der grosse Unterschied zwischen dem französischen und deutschen und auch dem englischen Leben: dass sich in Paris der Uebergang nicht nur zwischen den Jahreszeiten, auch zwischen den Tageszeiten, und selbst zwischen Werktag und Sonntag fast unmerklich vollzieht. Kein Abbruch, kein plötzlicher jäher Wechsel, wie etwa in Deutschland die Pause zwischen Wochenende und Sonntag, oder wie gar in London, wo Sonnabends um die Mittagszeit eine Stadt zu sterben beginnt, das traurigste und qualvollste Erleben. Paris kennt diesen Zustand nicht. Es bleibt sich ewig gleich, immer Werktag und doch immer wieder Sonntag, Leichtigkeit und Lust, die bei einem Réveillon hoch in den Himmel steigt. Eben erst haben die grossen Warenhäuser geschlossen und neue Menschenmassen auf die Boulevards gespült, auf denen kaum vorwärts zu kommen ist, allmählich haben sich um die achte Abendstunde die Menschen in die Restaurants, Kinos und Theater verzogen, es wird zehn Uhr, und aufs neue füllen sich die Strassen und Plätze mit Riesenschlangen von dichtaufeinanderfolgenden in vielen Reihen nebeneinanderherausenden Autos. Da drängen sich auch schon wieder die Spaziergänger in Haufen und alles ist wieder wie einige Stunden vorher. Die Lichter leuchten in allen Farben und zaubern einen künstlichen Tag, auf den Terrassen der Kaffeehäuser ist kein Platz frei und die Holzkohlen glimmen in den kleinen Kachelöfen.

Zwölf Uhr nachts: das Réveillon beginnt. Vor jedem Restaurant türmen sich die Austern zu Bergen und werden von den schwitzenden und hemdsärmeligen Küchendienern mit scharfen Messern und kunstgeübtem Griff geöffnet und gesäubert. Drinnen aber, im Innern der Lokale beginnt das Festmahl. Ob Luxusbar oder kleinste Kneipe: die Stammgäste sitzen an den weissgedeckten Tischen und laben sich an den köstlichen Gaben die dieses Land hervorbringt. Der Trubel beginnt beim Nachtisch. Männer und Frauen in bunten Mützen, verdauen ihr stundenlanges Mahl in ausgelassenster Freude. Aus allen Türen und Toren tutet und bläst und knallt es auf die Strasse, wie wir es nur im Rheinland aus der Karnevalszeit gewohnt sind. Auf dem Bürgersteigen geht es nicht minder bunt und lustig zu, und die zahllosen Fremden die aus England und Deutschland herübergekommen sind, werden mit in den Strudel hineingerissen und verlieren ihre Zurückhaltung und Steifheit. Wie in einem Wollknäuel vermischen sich die Farben und die Fäden, die Arten und die Adern, es strömt in die Lokale und wieder heraus, und die Bänkelsänger, die Hausierer und die Musikantinnen machen gute Geschäfte. Leicht ist diese Lust des Réveillon, und wenn es gerade keine Amerikaner sind, die sich in Paris von dem Alkoholverbot erholen, ist es selten, einen Betrunkenen zu sehen.

Inzwischen haben sich in den Kirchen unmerklich vom öffentlichen Leben, die Mitternachtsmessen vollzogen, und jetzt kommen auch die Frommen und Gläubigen und mischen sich unter die Sünder. So feiert es sich gut bis in den jungen Tag und wahrlich, es lebt sich wie Gott in Frankreich, und selbst der von ihm reichlich gespendete Regen wird zum Segen. Er kommt immer nur in Intervallen

und wenn er aufhört, ist es auf den Strassen doppelt schön und lustig.

Das ist Paris von aussen. Innen, in den Häusern, sind aber auch noch Menschen geblieben, die um den Familientisch das Réveillon feiern und sich gegenseitig beschenken. Innen, in den Häusern, in den Mietskasernen und kalten Dachstüben, wohnen auch noch einige, für die kein Tisch gedeckt ist, und das sind ebenfalls sehr viele. Zehntausende, vielleicht Hunderttausende. Mag auch das Volk von Paris seine Sorgen und Schmerzen nicht so schwer nehmen, die Sorgen und die Schmerzen und der Kampf sind da, wie überall. Eine Tariferhöhung für Gas, elektrisches Licht und Untergrundbahn war das Weihnachtsgeschenk für die Pariser Bevölkerung. Einhundertvierunddreissig Millionen Francs müssen im Jahre 1930 für diese lebensnotwendigen Gebrauchsartikel mehr aufgebracht werden. "Teuerung" ist das täglich wiederkehrende Wort in den Tageszeitungen. Demokratie und Diktaturenanhänger, Linke und Reaktion bekämpfen sich trotz Weihnachten und Réveillon genau wie anderswo. Morgen wird Briand in der Kammer mit den Gegnern seiner Politik ringen, mit jenen Nationalisten und Chauvinisten, die in Frankreich nicht weniger dumm und borniert sind, wie anderswo; von denen jede internationale Konferenz als eine grosse nationale Niederlage und jede internationale Abmachung als "Landesverrat" bezeichnet wird. Im Pariser Untersuchungsgefängnis sitzt ein armer Schneider, der unschuldig des Mordes verdächtigt ist. Der Fall Almazoff ist fast zu einem innerpolitischen Fanal für Reaktion und Demokratie geworden. Die Linkspresse kämpft täglich in langen Artikeln gegen einen beabsichtigten Justizmord, die Nationalisten verteidigen ihre Polizei und deren System, und wenn selbst das unschuldige Haupt eines Schneiders fallen muss die Hauptsache, dass die Sozialisten und die Demokratie eine Ohrfeige bekommen. Deutsche Melodien klingen an unser Ohr. Wenn auch verschieden und entgegengesetzt in den Weihnachtsbräuchen, "in den lebenswichtigen Gütern der Nation" gleichen sie sich wie Zwillingbrüder, jene Gegner der Botschaft, die schon vor zweitausend Jahren nach dem Frieden schrie und dem Wohlergehen für alle Menschen. Die Botschaft ist da, der Kampf ist da! Kein Almosen kann ihn wegwischen, so wenig, wie die am Réveillonabend vor einem der Luxusrestaurants in die Schürze der schwangeren, und singenden Frau gefallenen Kupfermünzen das Kind ernähren und grossziehen können, das vielleicht heute schon geboren ist.

Diese Sitten oder jene Bräuche, Stille Nacht oder Réveillon, es ist überall dasselbe Lied, die gleiche Not, der gleiche Kampf, aber es wird auch einmal überall die gleiche Freude sein, der gleiche Triumph und die gleiche frohe Réveille !

J.A.

SPD. Russland ist z.Zt. dabei, die Woche, also eine chronologische Einheit in der sozialen Ordnung der beiden Erdhalbkugeln als in ihrer jetzigen Gestaltung mit dem Organismus des arbeitenden Menschen unvereinbar aus der Welt zu schaffen und durch den neuen bolschewistischen Kalender zu ersetzen. Im September dekretierte die Moskauer Regierung bereits ein neues Kalendersystem, das die russischen Machthaber als passender für das neue Regime und die russische Gesellschaftsordnung erachten. Die Moskauer Akademie der Wissenschaften erklärte sich als erste und ausschlaggebende Instanz mit dem Novum einverstanden.

Der neue Kalender hebt die heute bestehende Woche der sieben Tage auf und ersetzt sie durch eine fünftägige Wocheneinheit. Das geschieht so, dass in dem neuen Kalender der Sonntag und der Sonnabend fortfallen. Die neue russische Woche beginnt mit dem Montag und endet mit dem Freitag. Die Zahl der Monate und ihre Namen bleiben bestehen. Alle Monatseinheiten sind jedoch einander gleich und setzen sich aus 30 Tagen zusammen, so dass jeder von der russischen Regierung dekretierte Monat genau sechs Wochen ausweist. Der gregorianische Kalender zählt dagegen sieben Monate zu je 31 Tage, und als einzigen Monat den Februar mit 28 Tagen. Werden von den durch die Reduzierung des Monats von 31 auf 30 Tage verbleibenden 7 Tage, zwei dem Februar zugezählt, so bleiben nach der russischen Rechnung fünf Tage als "Weisse Tage", die weder zu einer Woche noch zu einem Monate gehören. Beispielsweise ist in dem neuen russischen Kalender zwei

schen dem 30. Januar und 1. Februar ein Tag eingeschoben, der unserem 31. Januar entspricht, und den Moskau Lenin weihte, so dass z.B. der 31. Januar in Europa, in Russland kalendermässig nur als "Tag des Lenin" geführt wird und als Staatsfeiertag gilt. Zwischen den 30. April und den 1. Mai hat Moskau zwei Sondertage eingeschoben, die dem 2. und 3. Mai des gregorianischen Kalenders entsprechen und die in Russland als Kommunistische Arbeiterfeiertage gefeiert werden sollen. Die noch verbleibenden zwei Tage werden zwischen dem 7. und 8. November figurieren und sind dem Tage der Weltrevolution geweiht. Der Schalttag, der in jedem vierten Jahre auf den 29. Februar fällt, wird in Russland zwischen den 30. Februar und den 1. März eingeschoben und wird der Industrie als Feiertag dienen. So ergibt sich folgender regelmässig wiederkehrende Monatskalender:

1. Tag Montag	1	6	11	16	21	26
2. Tag Dienstag	2	7	12	17	22	27
3. Tag Mittwoch	3	8	13	18	23	28
4. Tag Donnerstag	4	9	14	19	24	29
5. Tag Freitag	5	10	15	20	25	30.

Jeder erste Tag der Woche fällt auf einen Montag, während die Woche einheitlich ausnahmslos mit einem Freitag abschliesst. Der gregorianische und der neue russische Kalender decken sich in ihrem Beginne lediglich am 1. Januar, am 1. Februar, am 1. September und am 1. Oktober. Ausser den fünf sogenannten "Weissen Tagen" als staatlichen Feiertagen, wird jedem Arbeiter in Russland nach jedem fünften Tage eine Ruhe von 39 Stunden gewährt, jedoch darf die Arbeit dadurch keinerlei Unterbrechung erleiden. Die Folge dieser Einteilung ist, dass jeweils 1/5 der russischen Arbeiterschaft feiert, während 4/5 arbeiten.

Auf den Sinn und die praktischen Auswirkungen des bolschewistischen Kalenders werden wir demnächst noch zurückkommen.

SPD. London, 27. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Exekutive des all-indischen Nationalkongresses, der am Sonnabend oder Sonntag in der Nähe von Lahore offiziell eröffnet wird, hat den unter der Führung Gandhis ausgearbeiteten Entwurf einer Resolution angenommen und beschlossen, diese Entschliessung dem Kongress zur Annahme zu empfehlen. Die Resolution ersetzt die frühere Forderung durch das Verlangen nach voller Unabhängigkeit Indiens. In dieser Entschliessung heisst es u.a.:

"Der Kongress ist der Auffassung, dass eine Vertretung auf der gemeinsamen Konferenz (mit der britischen Regierung in London. Anm. der Red.) nicht zweckdienlich ist. Der Kongress erklärt, dass "Swaraj" nach der Auffassung des Kongresses volle Unabhängigkeit bedeutet. Er erklärt ferner, dass der Nehru-Plan für eine Ueberführung Indiens in ein Dominion verfallen ist und hofft, dass alle auf dem Kongress anwesenden Parteien ihre ausschliessliche Aufmerksamkeit auf die Erzielung voller Unabhängigkeit für Indien lenken werden. Der Kongress hofft dass diejenigen Indier, die die Lösung des Moslem Hindu-Problems im Rahmen des ursprünglichen Verfassungsentwurfes von einer Teilnahme am Kongress ferngehalten hat, sich jetzt dem Kongress anschliessen oder wieder anschliessen werden. Der Kongress verlangt einen völligen Boykott der zentralen und provinziellen gesetzgebenden Körperschaften Indiens und ruft die Teilnehmer am Kongress auf, weder direkt noch indirekt an zukünftigen Wahlen teilzunehmen; er fordert die gegenwärtigen Mitglieder dieser gesetzgebenden Versammlung auf ihre Mandate niederzulegen. Der Kongress fordert die Nation auf, ihre Aufmerksamkeit auf die konstruktive Seite des nationalen Programms zu lenken. Der Kongress autorisiert das all-indische Kongresskomitee, das Programm des passiven Widerstandes einschliesslich der Verweigerung der Steuerzahlung zu jedem ihm günstig scheinenden Zeitpunkt zu proklamieren.

Der wortlaut der Resolution hat in London schwere Besorgnisse über die zukünftige Entwicklung der englisch-indischen Beziehungen ausgelöst.

Aus aller Welt

Ein Richter als Bandenführer.

Verbrecherskandal in New York.

SPD. Vor ungefähr Jahresfrist übernahm Grover Whalen, bis dahin Propaganda-
chef des Warenhauses Wannamaker, die Oberleitung der New Yorker Polizei. Es
war kein Geheimnis, dass die Polizeiorganisation New Yorks sehr im Argen lag
und man munkelte allerhand von intimen Beziehungen zwischen einzelnen Krimi-
nalbeamten und den Verbrechern. Whalen erklärte damals, dass er es als seine
Aufgabe betrachte, die Polizeiorganisation gänzlich neu aufzubauen und so in
dieser Hinsicht den guten Ruf New Yorks wieder herzustellen.

Nun hat sich in New York ein Fall ereignet, der ein grelles Schlaglicht
auf die Verhältnisse in der Weltstadt wirft. Grover Whalen wurde kürzlich ein
Detektiv namens Johnson vorgeführt, der sich bei einem Bandenüberfall auf
einen Club, obwohl er mit seiner Schusswaffe versehen war, so benommen haben
sollte, als ob ihn, dessen amtliche Tätigkeit der Kampf gegen Verbrecher war,
die Sache nicht das geringste angehe. Johnson stellte im Verlauf des Verhörs
die Behauptung auf, nicht er sei zur Rechenschaft zu ziehen, wenn er an dem
fraglichen Abend von seiner Schusswaffe keinen Gebrauch gemacht habe, vielmehr
habe er auf Geheiss des Richters des Stadtteils Bronx, Vitale, gehandelt und
wenn man sich diesen Herrn etwas genauer ansehe, so werde man sehr eigentüm-
liche Entdeckungen machen.

Der Polizeichef Whalen nahm darauf die Untersuchung gegen Johnson und den
beschuldigten Stadtrichter Arthur Vitale persönlich auf. Das Ergebnis der Nach-
forschungen war sensationell. Es wurde festgestellt, dass Stadtrichter Vitale
der Protector einer Verbrechergesellschaft war, die den Namen "Unione Sizzilia-
na Nazionale" führt und deren Präsident der italienische Gemüsegrosskaufmann
Terranova ist. Im Auftrage dieses Terranova hatte ein Mitglied der Bande zwei
andere Bandenführer namens Jale und Marlow ermordet. Dafür waren ihm 20 000
Dollar in einem Schriftstück, das auch den Stadtrichter kompromittieren muss-
te, versprochen worden. Da der Bandit aber nur 5 000 Dollar erhalten hatte,
droht er, das kompromittierende Schriftstück der Polizei in die Hand zu spielen.

Terranova veranstaltete deshalb, um in den Besitz des gefährlichen Doku-
mentes zu gelangen, ein Festessen, zu dem neben dem Stadtrichter und einigen
demokratischen Grössen des Stadtteils Bronx auch der betreffende Bandit ein-
geladen war. Im Verlauf des Festessens wurde ein Raubüberfall fingiert, in
dessen Verlauf die Gäste ihres Schmuckes und ihres Geldes beraubt wurden. Der
Detektiv Johnson, der an dem Diner gleichfalls teilnahm und nicht im Bilde war,
zog seine Waffe, wurde aber von Vitale selbst verhindert, von ihr Gebrauch zu
machen. Da die Gäste bereits am nächsten Tage wieder in den Besitz der ihnen
geraubten Wertgegenstände kamen, wurden sie misstrauisch und erstatteten An-
zeige gegen Johnson, dessen Verhalten ihnen verdächtig erschien.

So gelang es Whalen, ein Verbrechernetz aufzudecken, dessen Verbindung
bis zu dem Stadtrichter von Bronx reichte. Der Fall ist augenblicklich das
Tagesgespräch von New York und man vermutet, dass die kürzlich unter Aufsicht
erregenden Umständen erfolgte Ermordung des Spielers Arnold Rotstein mit diesem
Verbrecherclub in Verbindung zu bringen ist.

+ + +
Ein Flugzeug ins Meer gestürzt. Ein mit acht Personen besetztes Flugzeug
das sich auf einem Flug von Konstantinopel nach Athen befand, ist bei der
Insel St. Eustrate in der Nähe der türkischen Küste ins Meer gestürzt. Kurz

vor dem Absturz sandte das Flugzeug Funksprüche aus, in denen es meldete, dass es in einen Orkan geraten sei und wegen eines Motordefekts auf das Meer niedergehen müsse. Obwohl sofort Schiffe der griechischen Marine zur Hilfeleistung ausgesandt wurden, blieben die Nachforschungen bisher ergebnislos. Die Direktion der italienischen Gesellschaft, der das Verkehrsflugzeug gehört, meldet zwar, dass es für zehn Tage Proviant an Bord habe, es ist aber nicht anzunehmen, dass sich das Flugzeug lange über Wasser gehalten hat.

+ + +
D=Zugunglück in der Tschechoslowakei. Bei Prerau in der Tschechoslowakei auf der Strecke Oderberg-Prag entgleiste am Abend des zweiten Weihnachtsfeiertages ein D-Zug. Die Maschine und vier Wagen stürzten um. Der Lokomotivführer wurde getötet, die Reisenden kamen mit geringfügigen Verletzungen und dem Schrecken davon. Immerhin erlitten sieben Passagiere einen Nervenschock, sodass sie sich in ärztliche Behandlung begeben mussten.

+ + +
Verjüngung durch Röntgenstrahlen. Der bekannte russische Mediziner Professor Lasarew hat durch längere Versuche an mikroskopisch kleinen Lebewesen festgestellt, dass Röntgenstrahlen in geringer Dosierung verjüngend und das Leben verlängernd wirken, während grössere Dosierungen frühzeitiges Altern und damit vorzeitiges Absterben verursachen. Diese Einwirkung der Röntgenstrahlen ist nach den Forschungen Lasarews an sämtlichen Geweben und Organen festzustellen; Lasarew hofft auf Grund dieser Forschungen die bisherige Krebstheorie revidieren und das Heilverfahren bei Krebs in neue Bahnen lenken zu können.

+ + +
Der Giftmischerinnen-Prozess. In der ungarischen Stadt Szolnok begann am Freitag die Verhandlung gegen die zweite Gruppe der Giftmischerinnen. Die 37 Jahre alte Frau Takacs, die beschuldigt war, ihren Schwiegervater vergiftet zu haben, um ihn beerben zu können, wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

+ + +
Stadtrat vom Auto getötet. In Gotha wurde der kommunistische Stadtrat Paul Leucht von einem unbekanntem Auto überfahren und tödlich verletzt.

+ + +
Schneefall im Riesengebirge. In über 600 Meter Höhe ist im Riesengebirge wieder Schneefall eingetreten. Es schneit weiter. Am Freitag Nachmittag waren etwa fünf Zentimeter Neuschnee gefallen.

+ + +
Liebestragödie. In Hamburg erschoss der 39jährige Schneider Reinhardt Tschee die 19jährige Schneiderin Käthe Eisele und dann sich selbst. Tschee war verheiratet.

+ + +
Brennendes Schiff. Etwa 10 Seemeilen nordwestlich des Maasfeuerschiffes vor der Mündung des Neuen Wasserweges ist ein brennender Dreimastschoner gesichtet worden. Zur Hilfeleistung ausgelaufene Fahrzeuge haben das brennende Schiff, das in Norwegen beheimatet sein soll, nicht erreichen können. Die Besatzung ist, wie verlautet, von einem Lotsenboot aus Vlissingen bereits gerettet worden.

+ + +
Mordende Hausbesitzer. In Reinhausen einem Vorort von Regensburg, hat ein Hausbesitzer seinen Mieter erschossen. Die Ursache war, dass der Verschlussdeckel der Toilette in der Wohnung des Mieters abhanden gekommen war.



Sturmjahr 1930!

SPD. Ein kritisches Jahr scheint das Jahr 1930 zu werden. Alle Welt sieht ihm mit recht gemischten Gefühlen entgegen und in den Neujahrsglückwünschen wird diesmal ein kräftiger Mollton mitschwingen. Jeder weiss, dass das neue Jahr bedeutungsvolle Entscheidungen für die wirtschaftliche und politische Entwicklung bringen muss. Die Zeit ist reif für diese Entscheidungen. Nur noch eine kurze Galgenfrist bis zum Beginn der grossen Kämpfe um die Verteilung der mit dem Youngplan verbundenen Lasten! Die vor Weihnachten geführten Kämpfe zur Beseitigung der Kassennot des Reiches und die Erschütterung der Regierung haben alles alarmiert. Ueberall rüstet man für die bevorstehenden Kämpfe.

Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft weiss, dass es im neuen Jahr sozusagen um Kopf und Kragen geht, und die freien Gewerkschaften haben mit schärfstem Nachdruck bereits für die zunächst im Vordergrund stehenden Probleme: Arbeitsmarkt und Finanzfrage ihre Forderungen angemeldet. Für den Arbeitsmarkt verlangen sie energische Belebung des Baugewerbes, da sonst im neuen Jahr eine Arbeitsmarktkrise schlimmster Art ausbrechen muss. Alle verantwortlichen Stellen müssen rechtzeitig zupacken. Nichtstun wäre ein Verbrechen. Neben der Arbeitsmarktfrage steht das grosse Finanzproblem. Hier handelt es sich, wie ADGB und AFA-Bund bereits mit grossem Ernst hervorgehoben haben, vor allem um die Verhütung einer unsozialen Umlagerung der wirtschaftlichen Lasten. Die Warnung der freigewerkschaftlichen Spitzen wird in der soeben erschienenen letzten diesjährigen Nummer der Gewerkschaftszeitung, des Organs des ADGB, näher erläutert. Der Reichsbankpräsident wird darauf aufmerksam gemacht, dass eine unsoziale Umlagerung der wirtschaftlichen Lasten auch Folgen habe. Ob der Reichsbankpräsident diese Folgen bedacht habe? Oder glaube er, mit der Arbeiterschaft eben so schnell fertig zu werden wie mit der durch eigene Schuld gelähmten Regierung? Ordnung in den Reichsfinanzen müsse selbstverständlich sein. Deshalb sei zuerst der vorhandene Fehlbetrag im Reichshaushalt zu bereinigen. Erst hernach könne an einen Abbau von Steuern gedacht werden. Andererseits dürfe aber - und darin unterscheide sich Dr. Schachts Auffassung von der der Freien Gewerkschaften - die Sanierung der Reichsfinanzen nicht nach der Methode des Dr. Eisenbart erfolgen. Wenn die Ersparnisse des Youngplanes, zu denen jetzt noch die 220 Millionen jährlichen Mehrertrages der Tabaksteuer und vielleicht in einiger Zeit die einmaligen 500 Millionen der Zündholzanzleihe treten, zur Tilgung der schwebenden Schuld verwandt werden, so könne die kurzfristige Verschuldung des Reiches in ungefähr zwei Jahren ohne weitere Steuererhöhungen behoben sein. Und das genüge. Eine nochmalige Anspannung der Steuererschraube müsse notgedrungen zu scharfen sozialen Kämpfen führen. Man dürfe nicht vergessen, dass die Lebenshaltung der breiten Massen durch die kürzlich beschlossenen Zollerhöhungen abermals bedroht sei, dass ferner die Tariferhöhungen für Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehr, wie man sie in Berlin und anderwärts erlebt habe, sowie der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ebenfalls das Einkommen schmälern.

Angesichts dieser Situation wird von der Gewerkschaftszeitung in der Finanzfrage deutlich und scharf der Regierung gegenüber eine Grenze gezogen, die sie nicht überschreiten kann, ohne auf den schärfsten Widerstand der Freien Gewerkschaften zu stossen. Diese Grenze sieht so aus: Erst Ausgleich des Reichs

haushalt und Regelung der kurzfristigen Verbindlichkeiten des Reiches, bevor steuerliche Entlastungen in Frage kommen können. Grundsätzliche Abkehr von der Bilanzierung des Etats am Rande des Defizits und Schaffung einer Sicherheitsreserve. Keine künstliche Wachstumsbeschränkung der Sozialen. Wird diese Grenze überschritten und eine unsoziale Umlagerung der wirtschaftlichen Lasten gesetzlich sanktioniert, dann bleibt den Gewerkschaften nichts anderes übrig, als durch schärfste Lohnkämpfe wenigstens einen Teil dieser Lasten wieder auszugleichen. Um das unmöglich zu machen, haben die Scharfmacher im Arbeitgeberlager bereits vor dem grossen Kampf um die neue Verteilung der Reparationslasten ihren Angriff gegen das Schlichtungswesen unternommen. Sie wollten rechtzeitig der Arbeiterschaft die Möglichkeit rauben, sich gegen eine unsoziale Umlagerung der Lasten durch Lohnbewegungen zu wehren. Ein feines Plänchen!: die bis zur Erschöpfung belastete Arbeiterschaft versucht, in Lohnkämpfen sich Luft zu machen. Die Lohnbewegungen brechen, da das Schlichtungswesen verstümmelt und nicht mehr wirksam ist, zusammen. Die geschlagene Arbeiterschaft, unfähig zum Widerstand gegen den Abbau des Arbeitslosenschutzes, bietet sich zu jedem Preis dem Unternehmer an. Wundervolle Perspektiven!

Verliert die Arbeiterschaft den grossen sozialen Kampf des Jahres 1930, dann wird sie zum Kuli des Unternehmers und zum Lasttier der Steuern und Abgaben. Die ganze Arbeiterschaft muss sich rechtzeitig darüber klar werden, wieviele es geschlagen hat. Ein Tropf, der der Arbeiterschaft im Jahr der Gefahr mit Quertreibereien, Spaltereien und Stänkereien auf Moskaus Geheiss Zeit und Kraft stiehlt. Jetzt muss zum Sammeln geblasen werden.

SPD. Der Kampf um die Stärkung des Einflusses des Reichs auf die Reichsbahngesellschaft kann nur dann erfolgreich enden, wenn nicht nur gesetzliche Sicherungen, sondern zugleich mit ihnen ein Hebel geschaffen wird, durch den diese Sicherungen erst wirksam werden können. Aufsichtsmöglichkeit des Reichs über die Reichsbahn und Führung einer einheitlichen, im Interesse der Gesamtwirtschaft liegenden, Verkehrspolitik verlangen einen organischen Ausbau des Reichsverkehrsministeriums. Wir leiden in Deutschland an einer heillosen Verwirrung und Zersplitterung unserer Verkehrspolitik. Die vier Verkehrsträger: Eisenbahn, Binnenschifffahrt, Kraftwagen und Luftfahrt sind lediglich privatwirtschaftlich orientiert. Die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten werden von ihnen nicht genügend beachtet. Der Staffeltarif und noch mehr das Ausnahmefahrersystem der Reichsbahn wird von der Binnenschifffahrt heftig beföhdet. Der Frachtraum der Binnenschifffahrt ist über Bedarf aufgebläht, und Millionen Mark sind in Kanalbauten zum Teil völlig nutzlos investiert. Der Kraftwagen bricht ein in den Verkehrsanfall der Reichsbahn auf kurze Strecken, die Reichsbahn antwortet mit Dutzenden von Kampftarifen. Solche Beispiele können beliebig vermehrt werden. Sie bieten jedenfalls kein Bild von Einheitlichkeit in einer so wichtigen Frage, sondern ein Gegen- und Durcheinander, das zu ernststen Besorgnissen Anlass gibt.

Ein Schritt vorwärts wäre getan, wenn je ein Staatssekretariat für Eisenbahn und Binnenschifffahrt und je ein Unterstaatssekretariat für Kraftwagen und Luftfahrt errichtet würden. Es handelt sich hier keineswegs um eine Vergrösserung des bürokratischen Apparates, sondern um eine Kompetenzgliederung. Der Verkehrsminister bleibt als "politische" Person für den Gesamtfragenkomplex der Verkehrspolitik verantwortlich. Der Staatssekretär für Eisenbahnen, der "Fachmann", kann seinen Wirkungskreis bis an die äussersten Grenzen gesetzlicher Möglichkeiten ausdehnen und seine Tätigkeit durch die Erkenntnisse und Erfahrungen aus seiner Mitarbeit in den Sitzungen des Verwaltungsrates der Reichsbahn befruchten. Wenn im Haag das magere Pariser Ergebnis in dieser Frage angenommen wird, dann bleibt kein anderer Weg. Für die Gesamtheit der Verkehrspolitik wäre jedenfalls die vorgeschlagene Lösung mit sehr wesentlichen Vorteilen

len verknüpft, die in folgendem liegen: Schaffung von Reichstarifen für Güter- und Personenbeförderung, planmässige Zugbildung, kürzester Aufenthalt auf Umschlagstellen, Behebung von Frachtraummangel durch gegenseitigen Austausch, Ersparnis an Betriebsaufwand durch einheitliche und gemeinsame Beschaffung, Vereinfachung der Anlagen, Wegfall von Sonderabrechnungen, bessere Ausnutzung der Betriebsmittel, Stärkung des Reiches in bezug auf Aufsichtsmöglichkeit und Preisregulierungsmöglichkeit, Verringerung der Arbeitskonflikte.

SPD. Der mexikanische Bundeskongress hat dieser Tage zu einem Streik der Arbeiter und Angestellten der mit britischem Kapital betriebenen Eisenbahnlinie zwischen der Hauptstadt und dem Hafen Veracruz Stellung genommen. Der Kongress billigte den Streik und verurteilte scharf die Haltung der Bahngesellschaft, lehnte jedoch ein Eingreifen in den Arbeitskampf ab. Der Präsident Portes Gil hat das Streikrecht der Angestellten und Arbeiter voll anerkannt, ihnen jedoch gleichzeitig die Pflicht auferlegt, für die Wahrung der öffentlichen Ordnung Sorge zu tragen.

SPD. Dem preussischen Finanzminister Höpker-Aschoff ist, wie uns aus dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mitgeteilt wird, in seiner grossen Etatrede vom 10. Dezember ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen. Er sagte nach dem stenographischen Bericht: "Bei den Universitäten und wissenschaftlichen Anstalten beträgt das Mehr an Arbeitnehmern 3 700. Man kann sagen, das ist ziemlich restlos auf die Durchführung des Achstundentages zurückzuführen; denn es handelt sich hier um das gewaltige Personal unserer wissenschaftlichen Anstalten." -

In den Universitäten und wissenschaftlichen Anstalten des Kultusministeriums ist der Achstundentag nicht eingeführt, sondern - wie leider festgestellt werden muss - die neunstündige Arbeitszeit tariflich festgelegt. Der Finanzminister ist falsch unterrichtet worden. Aber selbst wenn der Achstundentag eingeführt würde, was in Anbetracht der riesigen Arbeitslosigkeit dringend zu wünschen wäre, dann käme noch lange nicht eine so grosse Vermehrung an Arbeitskräften in Frage, wie sie der Finanzminister erwähnt hat.

SPD. In der amerikanischen Konfektionsindustrie kommt es aller Voraussetzung nach im Januar zu einem scharfen Konflikt. Der amerikanische Schneiderverband hat deshalb eine grosse Aktion zur Finanzierung des Kampfes unternommen. Auf seiner Tagung in Cleveland (Ohio) war die Zahlung eines besonderen Beitrages in Höhe eines halben Tagelohnes beschlossen worden. Die eingehenden Beiträge werden auf rund 500 000 Dollar geschätzt. Eine weitere halbe Million Dollar stellt der Verband aus seinem Streikfonds zur Verfügung.

An den Präsidenten Hoover hat der Verband das Ersuchen gerichtet, den Namen des Konfektionsindustriellen Jesse Harf aus der Liste der Wirtschaftsführer zu streichen, die an der Konferenz zur Stabilisierung der Wirtschaft teilnehmen sollen. Harf ist einer der schlimmsten Gewerkschafts- und Arbeiterfeinde.

SPD. In Chicago erhalten die gewerkschaftlich organisierten Maler und Anstreicher ab 1. März 1930 eine Lohnerhöhung um einen Dollar pro Tag. Das neue Abkommen läuft drei Jahre und bringt einen Durchschnittslohn von 1,62 Dollar pro Stunde. Gleichzeitig sieht das neue Abkommen die Einführung der Fünftage-woche vor.

Getreidemärkte um die Jahreswende.

SPD. Die Weizenpreise haben während der letzten Wochen bei heftigen Schwankungen ihren Stand behaupten können. Dabei darf man wohl als sicher annehmen, dass die argentinische Ernte unter Durchschnitt bleiben wird. Das übte aber keinen nachhaltigen Einfluss auf die Preisbildung aus, weil sich die schlimmsten Nachrichten über die Situation in Argentinien als falsch herausstellten. Weiter halten sich die grossen europäischen Zuschussgebiete in auffallender Weise zurück. Diese Einstellung hängt mit der letzten guten Ernte zusammen. Die europäischen Länder zehren diesmal eben länger von den eigenen Ernten, als das sonst der Fall ist. Andererseits drücken die grossen Läger sowohl in Amerika als auch in Europa auf den Markt. Darüber hinaus muss man auch berücksichtigen, dass trotz der gedrückten Weizenpreise auch in diesem Jahr in Nordamerika und in Europa vergrösserte Flächen unter den Pflug genommen worden sind. Die Saat ist überdies von der Witterung begünstigt worden, so dass die erste Vorbedingung für eine immerhin normale Ernte im nächsten Jahr gegeben ist.

Die Entwicklung auf den deutschen Getreidemärkten stand durchaus unter politischem Einfluss. Während der Verhandlungen im Reichstag über die Regierungsaktion reagierte der Markt sehr heftig. Dann trat aber eine auffällige Stille ein, die man nicht ganz mit dem bevorstehenden Jahreswechsel, der ja grösseren Engagements nicht günstig ist, erklären kann. Die Behauptung jedoch, dass die bisherige Form einer Stützung der Roggenpreise versagt habe, trifft nicht zu. Bei der Stützung der Roggenpreise handelt es sich um eine derart umfangreiche Aktion, dass man ihre Auswirkung nicht an einer Entwicklung von Tagen und Wochen abschätzen kann. Dasselbe gilt auch für die Verfütterungspläne. Vorerst ist wohl festzustellen, dass sich die an Gerste gewöhnten Müstereien sehr stark eingedeckt haben. In diesem Zusammenhang soll auch auf gewisse Schiebungen hingewiesen werden. Man will hier und da beobachtet haben, dass Tierzüchter, die bisher ihren eigenen Roggen verfütterten, diesen Roggen jetzt verkaufen, um sich hinterher mit verbilligtem Roggen einzudecken. Damit sollte sich das Reichsernährungsministerium schleunigst näher beschäftigen, ehe sich grössere Schäden für die Reichskasse herausstellen.

Über die Preisentwicklung an den deutschen Märkten ist folgendes festzustellen: Der Preis für Weizen lag nach den Notierungen der Berliner Börse Mitte November ungefähr um 225 Mark. Bis Anfang Dezember trat eine Steigerung auf 244 Mark ein. Dann gab der Preis bis auf 233 Mark nach. In der Zeit bis nach Weihnachten zog er aber wieder bis über 245 Mark an. Insgesamt kann festgestellt werden, dass der deutsche Weizenpreis in Frist von 6 Wochen etwa 20 Mark gewonnen hat. Demgegenüber ist zu berücksichtigen, dass die Weizenpreise in Chicago, New York und Winnipeg in der Zeit nur um einige Punkte anziehen konnten. Der Roggenpreis lag in Berlin Mitte November um etwa 163 Mark. Bis Anfang Dezember konnte er sich auf 175 Mark erhöhen. Dann ist eine ununterbrochene Senkung bis auf etwa 170 Mark nach Weihnachten festzustellen.

SPD. Die "freie" Wirtschaft und die "Unternehmerinitiative" zeigen sich im Kohlenhandel darin, dass sich die Händler in den einzelnen Wirtschaftsgebieten zusammenschließen, um den Kunden die Preise zu diktieren. In diese ganz merkwürdige freie Wirtschaft leuchtet ein Vorfall, der sich in Kulmbach abspielte. Die dortige Konsum- und Spargenossenschaft verkaufte die Kohlen um 10 Pfennige je Zentner billiger als der Kohlenhandel. Bei grösseren Posten liegen die Preise der Konsumgenossenschaft sogar 20 Pfennige unter den Händlerpreisen. Darüber hinaus gewährt die Konsumgenossenschaft bei Barzahlung innerhalb 10 Tagen 5 % und innerhalb 21 Tagen 3 % Skonto. Dass das dem Kohlenhandel nicht in den Kram passt, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Also setzt sich der Vertreter der Bezirksgruppe des Landesverbandes des bayerischen Kohlenplatzhandels für Kulmbach und Umgegend hin und schreibt der Konsum- und Spargenossenschaft Kulmbach einen Brief, in dem er der Genossenschaft die Lieferungssperre der Werke androht, sofern die Genossenschaft die von der Bezirksgruppe errechneten Kleinverkaufspreise beim Weiterverkauf der Kohlen nicht einhält.

Was hat die Konsum- und Spargenossenschaft Kulmbach getan? Sie hat sich herausgenommen, ihren Mitgliedern Kohlen zum Selbstkostenpreis zuzüglich Unkosten und eines kleinen Überschusses, der für die Abwicklung des Geschäftes erforderlich ist, zu liefern. Das Recht hat die Konsumgenossenschaft; denn während der Verhandlungen der Interessenten mit den Regierungsstellen haben die Genossenschaften es ständig abgelehnt, Mindestpreise für Kohlen innezuhalten. Allerdings ist immer wieder von den Kohlenhändlern versucht worden, die Konsumvereine zu zwingen, für Kohlen höhere Preise von ihren Mitgliedern zu verlangen, als unter Einrechnung einer angemessenen Unkostenquote notwendig ist. Infolge dieser Forderung kam es im Jahre 1926 im Reichswirtschaftsrat, im Reichstag und mit der Reichsregierung zu Verhandlungen, die zu der Einsetzung eines Sonderausschusses führten, in dem die Syndikate, die Genossenschaften, der Handel und die Arbeitnehmervertreter waren. Auf Grund dieser Verhandlungen wurde den Genossenschaften das als selbstverständlich anzusehende Recht zugesprochen, ihre Kohlen so zu verkaufen, wie sie es für nötig halten. Eine Verpflichtung zu Mindestpreisen besteht also nicht. Die Kohlenhändler versuchen aber, auf die Konsumgenossenschaften einen Druck auszuüben, um sie zur Innehaltung von Mindestpreisen d.h. Wucherpreisen zu zwingen. Selbstverständlich denken die Konsumvereine nicht daran, einem offenbar leistungsunfähigen Kleinhandel auf Kosten der Verbraucher zu Preisen zu verhelfen, die ihnen unangemessen erscheinen.

SPD. Die Ultimovorbereitungen der Reichsbank kommen deutlich im Ausweis für die Woche zum 23. Dezember zum Ausdruck. Die gesamte Kapitalsanlage der Bank erhöhte sich um 79,1 Millionen Mark auf 2381 Millionen Mark. Für dieselbe Woche des Vormonats lag eine Verringerung in der Beanspruchung des Kredits der Bank um 217 Millionen auf 2070 Millionen Mark vor. Im einzelnen haben sich die Bestände an Reichsschatzwechseln um 24 Millionen Mark auf 34 Millionen Mark gesteigert, die Wechsel- und Scheckbestände wuchsen um 65,7 Millionen Mark auf 2156,5 Millionen Mark an. Die Lombardbestände haben um 10,6 Millionen auf 98 Millionen Mark zugenommen.

Die Goldbestände haben sich nach langer Zeit wieder mal wesentlich erhöht und zwar wird eine Erhöhung um 17,5 Millionen Mark auf 2264,7 Millionen Mark ausgewiesen. Auch bei den deckungsfähigen Devisen lässt sich eine Steigerung um 15 Millionen Mark auf 405,7 Millionen Mark feststellen.

Die Deckung der Noten durch Gold allein besserte sich von 49 % in der Vorwoche auf 49,5 %, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 57,5 % auf 58,3 %.

Weizen besser.

(Getreidebörse vom 27. Dezember.)

SPD. Nach der Unterbrechung durch die Feiertage kam das Geschäft an der Berliner Produktenbörse am Freitag nur sehr langsam wieder in Gang. Angebot an promptem Brotgetreide aus der Provinz lag nur in sehr geringem Umfange vor. Während sich indessen für Roggen nur wenig Kaufinteresse zeigte, sodass die Preise sich nicht voll behaupten konnten, waren die Mühlen für inländischen Weizen gut aufnahmefähig. Demzufolge konnten sich hier die Preise voll befestigen, obwohl die Tendenz infolge umfangreicher Verschiffungen aus Argentinien wieder matter geworden war. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigte sich ein ähnliches Bild. Auch hier blieb Weizen gut behauptet, während Roggen leicht nachgeben musste. Der Mehlmarkt blieb zunächst noch geschäftslos. Kaufinteresse machte sich nicht bemerkbar, indessen haben die Mühlen ihre Forderungen für Weizenmehl erhöht. Hafer hatte freundliche Tendenz, da der Konsum wieder in den Markt eingriff.

	24. Dezember (ab märkische Station in Mark)	27. Dezember
Weizen	244 - 245	246 - 247
Roggen	170 - 172	168 - 170
Braugerste	187 - 203	187 - 203
Futter- und Industrierogerste	167 - 177	167 - 177
Hafer	150 - 158	150 - 158
Loco Mais Berlin	162	160
Weizenmehl	29,25-35,00	29,25-35,00
Roggenmehl	23,25-26,90	23,25-26,90
Weizenkleie	11,00-11,50	11,00-11,50
Roggenkleie	9,75-10,25	9,25-10,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 258 und Geld (Vortag 255 $\frac{1}{2}$), März 273 $\frac{3}{4}$ -271 $\frac{3}{4}$ Brief (272 $\frac{1}{2}$), Mai 281 $\frac{1}{2}$ -280. Roggen Dezember - (184), März 201-200-200 $\frac{1}{2}$ (201 $\frac{1}{2}$), Mai 211 $\frac{3}{4}$ -211 $\frac{1}{4}$ (213). Hafer März 173 $\frac{1}{2}$ -173 Brief (173 $\frac{3}{4}$), Mai 186 $\frac{1}{2}$ -186 (186 $\frac{3}{4}$).

SPD. Nachdem vor einigen Tagen der Spritkonzern (Schultheiss-Patzenhofer-Ostwerke) seinen glänzenden Abschluss für 1928/29 vorgelegt hat, kann jetzt auch das zweitgrösste Berliner Brauunternehmen, die Engelhardt-Brauerei A.G. über ein gutes Geschäftsjahr berichten. Der Geschäftsbericht stellt eine "erfreuliche Absatzsteigerung" fest. Die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung lassen sich mit denen des Vorjahres nicht vergleichen, da im verflossenen Geschäftsjahr die Abteilungen Halle, Merseburg und Sangershausen verselbständigt und in der Mitteldeutschen Engelhardt-Brauerei A.G. zusammengefasst wurden. Die Dividende der Mitteldeutschen Engelhardt-Brauerei A.G. wird im Geschäftsbericht 1928/29 des Engelhardtkonzerns noch nicht ausgewiesen. Aus einem Reingewinn von 2,012 Millionen Mark wird eine Dividende von 13 % vorgeschlagen. 246 000 Mark werden auf neue Rechnung vorgetragen. Der vorjährige Vortrag machte 239 000 Mark aus.

Kunze und Bijen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 27. Dezember 1929.

Die Neger-Universität. +

SPD. In Washington stehen auf einem Hügel die roten Gebäude der "Howard University", der grossen Negeruniversität. Sie ist 1867 von einem Weissen gegründet worden, von General Howard, dem Kommandanten der Nord-Armee im Sezessionskriege, der die Schwarzen Nord-Amerikas nicht nur von der Sklaverei befreit sehen wollte, sondern auch für ihre geistige Emanzipation gearbeitet hat. Das Studienprogramm dieser Universität ist nicht besser und nicht schlechter als das der anderen amerikanischen Universitäten. Ausser besonderen Kursen für ältere Hörer lehrt man die "liberal arts", Handels- und Finanzwissenschaft, Pädagogik, die angewandten Wissenschaften, d.h. Architektur, Elektrotechnik, Mechanik und dann Medizin und Hygiene, Rechtswissenschaft, Musik und Theologie, 12 000 schwarze Menschen sind seit der Gründung durch die Hörsäle gegangen. Augenblicklich gibt es etwa 7500 "graduats" (ein amerikanischer akademischer Grad), die aus der Howard-Universität hervorgegangen sind. Das Unternehmen existiert in der Hauptsache von den Zuwendungen, die ihm von reichen Negern gemacht werden.

Ich habe fast einen ganzen Morgen in der Universität zugebracht. Ich habe mich lange mit Dr. Johnson unterhalten, dem Rektor von Howard, ferner mit seinem Sekretär, mit dem jungen Dekan der medizinischen Fakultät, mit dem Professor für Architektur, der eine Reihe moderner Baulichkeiten um die Universität herum aufgeführt hat.

Man sieht Studenten in allen Farben, schwarz bis hellbraun, einige fast weiss, bei denen nur die Form der Nase, die dicken Lippen, die krausen Haare und eine gewisse Schwermut im Blick an den Tropfen Negerblut erinnern. Diese Menschen, vollendet in ihren Umgangsformen, oft von selten grosser Intelligenz habe ich in der Bibliothek eifrig über Bücher gebeugt gesehen, habe ich hinter ihren Mikroskopen beobachtet.

Man muss schon so unbelehrbar sein und so üble Rassenvorurteile haben wie gewisse Kreise in Amerika, um zu verkennen, dass der Neger sowohl erziehbar als auch entwicklungsfähig ist, was der Neger der Vereinigten Staaten in der Dichtung, in der Musik, auf dem Theater geschaffen hat, das Eigenartigste vielleicht, was in den letzten zwanzig Jahren hervorgebracht wurde, ist so eindringlich, dass man etwas davon wissen muss. Aber Musik, Dichtung, Tanz, Schauspielkunst - all das entspricht dem Gefühl, der künstlerischen Erregbarkeit, wie sie der Neger so wundervoll besitzt. Hat die Rasse einen grossen Mathematiker, einen grossen Erfinder, einen bedeutenden Staatsmann hervorgebracht, oder wird sie ihn hervorbringen? Das steht auf einem anderen Blatte.

Es ist richtig, was der Schriftsteller James Weldon Johnson im Vorwort seines Buches über die Negerdichtung in Amerika gesagt hat. Der Süden hat seine geistigen Kräfte in schrecklichen Rassenkämpfen verbraucht, sodass dieser Teil der Vereinigten Staaten, in dem 40 bis 40 Millionen Menschen leben, weder einen grossen Dichter noch einen grossen Geschichtsschreiber noch einen grossen bildenden Künstler hervorgebracht hat.

Man kann sich denken, dass die Neger Amerikas, die auf der Howard-Universität studieren, nur einen Ehrgeiz und einen Wunsch haben: zu werden wie die Weissen, sich für die gleichen Probleme zu interessieren, ihre Rasse und ihre Herkunft zu vergessen. Der künstlerische Unterricht, den man auf der Howard-Universität erteilt, ist konventionell, akademisch und von der afrikanischen Kunst der Vorfahren weit entfernt. Ich habe die Studenten sehr verblüfft, als ich ihnen vom Kongo sprach, vom Museum von Tervueren, von den schönen Elfenbein- und

Holzschneidereien der Wilden Zentral-Afrikas. Das interessiert sie augenscheinlich nicht. Das Heimweh nach Afrika habe ich nur aus dem Aufschrei einiger junger Negerdichter herausgehört, bei einem Langston Hughes oder bei einem Countée Cullen.

"Aber", hat man mir gesagt, "wenn Sie sich für Afrika interessieren, können wir Ihnen unsere afrikanischen Studenten zeigen." Da habe ich die Augen aufgesperrt. Man führte mich auf einen Sportplatz, wo einige schwarze Studenten Fussball spielten. Man rief einen, zwei herbei. Und wieder fand ich jene gewinnende Zurückhaltung, jenes natürliche Sichgeben bei den Menschen, die eine ebenholzschwarze Haut haben. Da war ein junger Prinz von Uganda, dessen vor etwa zwei Jahren gestorbener Vater ein mächtiger Häuptling gewesen war. Der junge Mann hatte auf die Krone verzichtet zu Gunsten seines jüngeren Bruders, um auf der Universität in Washington studieren zu können.

"Und was wollen Sie vor allem treiben?" fragten wir ihn. Er antwortete ganz einfach: "Political science and diplomacy (Politik- und Diplomatiestudien)." Ein junger Abessinier war noch da, ein ungestümer Bursch, der Sohn eines schwarzen Kaufmanns von Nigeria, der herangeläufig kam, das Gesicht mit Schweiß bedeckt, und seine französischen Brocken anbrachte. Er kokettierte mit einer jungen Negerin, die uns begleitete, und ich weiss nicht, ob die junge Dame vielleicht lieber mit ihm allein gewesen wäre....

(Aus dem Französischen übersetzt
von Arno Ullmann.)

Sherlock Holmes entlarvt. +

SPD. In der kleinen nordfranzösischen Ortschaft St. Poulard verstarb dieser Tage Herr Arsène Lupin, der unvergleichliche Held des französischen Kriminalgeschichtenschreibers Maurice Leblanc. An seinem Krankenlager weilte bis zuletzt Herr Leblanc, untröstlich über den herben Verlust. Der aus London herbeigeeilte Conan Doyle drückte als erster seinem französischen Kollegen die Hand in Begleitung des Engländers befanden sich Sherlock Holmes und Dr. Watson, die in dem einzigen Hotel von St. Poulard Logis bezogen. Nacheinander trafen dort auch noch Nic Carter, Kapitän Nemo, Buffalo Bill und einige andere ehrenwerte Herren ein. In den übrigen kleinen Gasthöfen tagten die weniger illustren Gäste.

Die Leitung des Krankenhauses von St. Poulard wurde erst nach dem Tode ihres Patienten gewahr, was für eine hervorragende Persönlichkeit sie in ihren Mauern barg. Beileidstelegramme, Korrespondenzen aus der gesamten zivilisierten Welt liefen ununterbrochen ein. Berge von Blumen erdrückten den pompös aufgebahrten Lupin, den eine Kette Neugieriger ständig umkreiste. "Interessant war uns der Patient immer gewesen," führte der Chefarzt vor einem prominenten Publikum aus. Sein narbenbedeckter Leib zitterte ständig wie ein frierender Hund. Völlkommen unterernährt, bot der Aermste auch für einen Arzt ein erschütterndes Bild seine Augen flackerten wie Irrlichter tief in den Höhlen. Man hatte den Eindruck, dass der Körper unter einer ewigen Flucht-psychose stand. Endlich gelang es unsern Bemühungen, den Patienten langsam von seiner Sicherheit in unserer Anstalt zu überzeugen und ihm das Hauptmoment seiner ganzen Krankheitm einen chronischen Verfolgungswahn, zu nehmen." (Und wahrscheinlich damit auch das Leben, Anm. des Autors).

Sherlock Holmes war gerade in die Lektüre der "Grünen Post" vertieft, als sein Freund Watson zu ihm trat. "Na, Holmes, was halten Sie eigentlich von dem Fall?" fragte Dr. Watson. Der Detektiv lächelte. "Es hat keinen Zweck, Watson, wenn Sie im Kloster der Schwarzen Bettelmönche nach des Rätsels Lösung forschen. Arsène Lupins Geheimnis liegt im Hospital verborgen."

"Holmes!" rief Watson überrascht aus, "woher wissen Sie, dass ich bei den Bettelmönchen war?" Trotzdem Dr. Watson unzählige Male Zeuge des unerhörten Kombinationsgeistes seines Freundes gewesen war, setzte ihn die trockene Folge-

ungstechnik des Detektivs, die sich nachher meist als ein Schock Kolumbus-eierchen offenbarte, immer wieder in neues Erstaunen.

"Kunststück", erwiderte Holmes, ohne aufzusehen, "der Prior des Klosters hat sie vor fünf Minuten angeläutet. Er wollte Ihnen zu Ihren Nachforschungen noch einige Details, die ihm später eingefallen waren, erzählen..."

Conan Doyle zerschnitt die Unterhaltung der beiden Freunde, indem er sie zum Essen rief. Buffalo Bill verzichtete auf die gemeinsame Tafel; überhaupt war es ihm zu vornehm im Hotel. Er pilgerte nach der Schenke der übrigen Trauergäste. Hoffte, manchen alten Freund zu sehen. "Damned", fluchte er. In der Dämmerung huschte vor ihm eine dunkle Gestalt über den Weg. Blitzschnell riss er seinen Revolver aus dem Gürtel. Sechs Schüsse krachten dem Flüchtenden nach. Den breitrandigen Hut in den Nacken schiebend, schritt Buffalo Bill weiter aus. Jeder Schuss ein Treffer; das wusste er.

Nic Carter klopfte sich den Lehm von den Lackstiefeln und schlüpfte auf sein Zimmer, um sich zum Souper umzukleiden. Aus der Panzerweste zog er sechs plattgedrückte Bleikugeln, die er dem Stubenmädchen in die Hand drückte: "Sie werden diese Pillen morgen früh Mr. Buffalo Bill zum Frühstück servieren, verstanden!"

"Jawohl, Herr Carter," sagte das Mädchen eingeschüchtert.

Der Trauerzug gestaltete sich zu einem pompösen Leichenbegängnis. Aus allen Erdteilen waren in den letzten Tagen noch zahllose Neugierige eingetroffen. Eine Horde Journalisten, Zeichner, Photographen und Filmleute kampierte schon seit zwei Tagen auf dem Ortsfriedhof. Der Mann des Post- und Telegraphenamtes war verdoppelt, dann verdreifacht worden. (Trotzdem stockte der Dienstbetrieb) Sven Elvestad telegraphierte allein einhundertfünfzig Worte Chiffre, sein Fernbleiben vielmals entschuldigend. Erklärliches Befremden erregte es aber, dass Maurice Leblanc durch Abwesenheit glänzte. Es war das Thema der Unterhaltung im Leichenzug, der sich feierlich durch das schwarz beflaggte St. Poulard bewegte, weshalb der Schöpfer des genialen Abenteurers seinem Musenkinde nicht die letzte Ehre erweise. Gleich hinter dem Sarge marschierte der Chefarzt des Hospitals mit einer jungen, tief verschleierten Dame. Das sympathische Fräulein war nicht etwa die unglückliche Braut Arsène Lupin sondern die erste Tippmamsell des Herrn Edgar Wallace, die der smarte Amerikaner zu seiner Vertretung entsandt hatte.

Nic Carter hätte sich mit Buffalo Bill wieder vertragen. Die beiden Gentlemen trauerten aufrichtig um den dahingeschiedenen Kollegen, von dem sie sich alles Schlechte erzählten. Conan Doyle unterhielt sich mit Dr. Watson über die Möglichkeit einer nach der Trauerfeier zu veranstaltenden spiritistischen Sitzung. In dem Trubel fiel es gar nicht auf, dass Sherlock Holmes nirgends zu sehen war. In der Folge reihte sich dann noch die endlose Schar der Trauergäste. Eine sehr bekannte reichsdeutsche Romanschriftstellerin sah man mit einem hochaufgeschossenen Indianerhäuptling Arm in Arm dahinwandeln. Die Dame wollte es nicht glauben, dass der ihr zugeteilte Kavalier Winnetou war, und Winnetou wollte es nicht glauben, dass diese Dame die Verfasserin von 268 Liebesromanen war. Bemerkenswert im Trauerzuge war auch die imposante Gestalt des Grafen von Monte Christo, den ein ulkiger Zufall mit einem Berliner Ministerialrat - Dieststelle Schund- und Schmutzgesetz - zusammengeführt hatte. -

Herr Schriftsteller Maurice Leblanc sass etwas geknickt in seiner Pariser Villa am Schreibtisch. Eine lange Konferenz mit seinem Verleger hatte ihn völlig ermattet. Der Diener überbrachte ihm eine Besucherkarte: "Sherlock Holmes." Leblanc stürzte ins Vorzimmer. "Monsieur Holmes, Sie bei mir?" "Yes", meinte der schweigsame Engländer gleichmütig. "Sherlock Holmes!" rief Leblanc begeistert aus und wollte den Gast in seine Arme schliessen. "Sie irren, Mr. Leblanc", sagte der Detektiv mit eisiger Kälte, "Ich pflege meinen Herrn nicht zu wechseln."

"Was führt Sie denn zu mir?" fragte der Franzose kleinlaut. "Arsène Lupin's Tod", erwiderte Sherlock Holmes trocken. Der Schriftsteller schoss einen Blick unter der Brille hervor. "Sie wollen mich also trösten?" fragte er lau. Der englische Meisterdetektiv bohrte sein Auge in Leblanc's Antlitz. Seine schlanke Gestalt reckte sich drohend wie eine Anklage über den kleinen, dicken

Schriftsteller empor. Leblanc wich zurück, erst einen Schritt, dann zwei, drei, vier. Bis er sich erschöpft in seinem Schreibtischsessel wiederfand, gebeugt über ein eng beschriebenes Blatt Papier...

Als Letzte entschlossen sich Conan Doyle und Dr. Watson zur Abreise. Vergeblich hatten sie nach dem spurlos verschollenen Sherlock Holmes gefahndet. Ein sam und verlassen lag St. Poulard nach seinem geschichtlichen Erlebnis wieder im Norden Frankreichs.

Zu ihrem nicht geringen Erstaunen fanden sie Sherlock Holmes bereits im gemütlichen Heim in der Bakerstreet in London vor. "Holmes", rief Doyle, "wir waren schon so in Sorge um Sie. Wo steckten Sie die ganze Zeit über?"

Der Detektiv schüttelte seinem Erzeuger kräftig die Hand. "Es gab viel zu tun, Sir! Leblanc ist genau so ein abgefeimter Schwindler wie jene Kapital-Verbrecher, hinter denen ich schon über dreissig Jahre her bin. Arsène Lupin lebt und sitzt zur Stunde wahrscheinlich mit seinem Herrn Maurice Leblanc in der Komischen Oper. "Arsène Lupins Tod" war ein Trick dieses Betrügers, um seinen Verleger zu neuen Vorschüssen zu bewegen. In seiner Stelle ruht im Grabe von St. Poulard ein alter Bettler aus dem Schwarzen Mönchsorden -"

"Meine Vermutung!" rief Watson triumphierend aus.

"Nur zur Hälfte", entgegnete Holmes. "Das Rätsel selbst lag im Hospital, wo Leblanc geschickt die Fiebertafeln zu vertauschen gewusst hat."

Max Bernardi.

Der Kanarienvogel. +

SPD. Der Kanarienvogel, dieser zur Familie der Finken gehörige Sänger, ist seit dem 16. Jahrhundert ein in Deutschland beliebter Stubengenosse. Er hat schon unzählige Menschen erfreut. Selbst Goethe schenkte Frau von Stein einen Kanarienvogel, über den sie am 13. Dezember 1812 an den grossen Dichter schrieb: "Mein Canarienvogel macht sich immer seiner Herkunft würdiger und singt, als wenn es Frühjahr wäre."

Der ganz auf Gesang gezüchtete Kanarienhahn hat mit seinem in der Freiheit lebenden Stammesgenossen nicht mehr viel gemein. Der echte Vogel von den Kanarischen Inseln würde für die leicht beleidigten Ohren unserer heutigen Züchter ein elender Krächzer sein. Sehr bedeutend war einst die Gesangsvogelzucht in St. Andreasburg im Oberharz. Die dort gezüchteten Vögel wurden unter dem Namen "Harzer Roller" weltbekannt. Heute werden nicht nur im Oberharz, sondern in fast allen Gegenden Deutschlands Kanariensänger mit dem denkbar besten Erfolge gezüchtet. Sie haben eine Gesangskultur, die wohl vergeblich ihresgleichen sucht. Das Beste, was der Vogel bieten kann, ist die Hohlrolle. Man unterscheidet die Vokal-, die gefallene, die gerade und die gebogene Hohlrolle, ferner die Hohlklingel, die Hohl klingel, die hohl in der tiefsten Lage ist. Als Basstour kommt die Knorre hinzu, während Schockal eine abgesetzte Tour und Pfeife eine stossende Tour bedeutet. Man züchtet sogar auch Kanarienvögel mit Nachtigallenschlag, die auf den Ausstellungen allgemeine Bewunderung erregen, ohne dass sie jedoch die Gesangskanarienvogelzüchter zur Nachahmung reizen.

Als Jungtiere kommen die Kanarienhähne in einen verdunkelten Gesangskäfig, von dem aus sie sich die Touren ihres Vorsängers anhören. Zum geeigneten Abhörer der zum Verkauf bestimmten Kanariensänger hat sich mancher Kriegsblinde ausgebildet. Die Kanarienvogelzucht ist nämlich ein Wirtschaftszweig von Bedeutung geworden; wandern doch alljährlich allein mit dem in der Weihnachtswoche in New York eintreffenden Dampfer 500 000 Kanarienvögel über den grossen Teich.

Natürlich regelt auch hier die Nachfrage das Angebot. Und da Amerika, das Hauptabnahmeland, gelbe Vögel wünscht, so werden gelbe Vögel gezogen, obwohl die dunklen, die sogenannten grünen, laut Statistik die besten Sänger sind. Der gelbe Vogel entstammt einer schon seit langem gepflegten Farbenzucht. Auf alten

Bildern sieht man die reiche Spanierin mit dem quittegelben Kanarienvogel auf dem Finger. Inzwischen hat die Farbenzucht eine von Laien kaum geahnte Ausbreitung angenommen. England zieht ziemlich dicke, eigenartig gefärbte Vögel. Viele von ihnen, die mit Cayennepfeffer gefüttert werden, haben eine rotgelbe Farbe. Diese Vögel sind, im Gegensatz zu mancher anderen Farbenzucht, eigentlich hart, denn bei dem Inselklima kann man sich allerlei erlauben, was in keinem andern Lande tunlich ist. Wird doch in England der Vogel mit seinem Käfig vor das Fenster gehängt, zu einer Jahreszeit, in der eine solche Behandlung in Deutschland glatt seinen Tod bedeuten würde. Bei uns ist gegenwärtig die Farbenzucht stark verbreitet. So hat man nicht nur die natürlich gefärbten grünen, sondern auch gelbe, blaue und weisse Vögel. Die weissen Kanarienvögel sind im abgelaufenen Jahre stark im Preise gefallen, denn während im Vorjahre ein weisses Weibchen mindestens 18 Mark kostete, bekommt man heute bereits eins für 2 Mark. Aus wiederholter Paarung von weiss und grün hat man in der dritten Generation blaue Vögel gezogen. Man unterscheidet Vögel, die durch Futter ihre Farbe bekommen haben, also bei der nächsten Mauserung zu ihrem natürlichen Kleide zurückkehren, und solche, die ihre Farbe vererben. Ferner versucht man, Farbvögel auf Gesang zu ziehen. Ganz annehmbare weisse Sänger kosteten auf den grossen Berliner Ausstellungen das Stück 25 bis 30 Mark.

Ueberdies existiert noch die Gestaltskanarienzucht, die namentlich in Holland betrieben wird. Alle Kanarienvögel sind bereits so durchgezüchtet, dass sie dem Lebenskampf in der Freiheit nicht mehr gewachsen sein würden.

Erna Büsing.

Wenn der Tonfilm lock... +

Eine Auswahl von Briefen an Tonfilmgesellschaften.

...Es kommt mir aus dem Innersten ganz heraus, und auch in weit abliegenden Jugend sah es das Augenmerk, ich singe gern und freiwillig, am liebsten wie ein dichtbehängter jauchzender Himmel mit Geigen. Da ist natürlich der neuheraufgekommene Tonfilm, wie er jetzt auch in Amerika eingeführt worden ist kürzlich, ganz einzig allein richtig für mich.

...Wenn ich heutigentags einen Tonfilm nach den anderen sehe, ist es nichts wie unzulänglich, da dürfte ich für Ihnen, habe ich mir gedacht, das gegebene Subjekt sein. Glänzend und ohne Zucken singt meine Stimme hoch hinauf, und es ist scheusslich zu hören, wie sich sonst sehr geachtete Schauspieler mit singen bemühen, wo keine Stimme zur Stelle ist.

... ich bin gelernter Kopfarbeiter, aber es ist nichts, sie wollen Leute mit Bilanzfrisierenkenntnis, wo ich mich nicht hingebende. Also der Tonfilm. Klingend prangt die Stimme dahin, ich will sie mit Ernst auftreten lassen, und es ist gewinnend. Auch den Regissör mache ich am liebsten selbst, weil Sie ihn dann in der Lage zu entberren sind.

....Ich möchte Ihnen mit heutigen meine Tochter anbieten. Ob ist sie sehr hoch und unten schön gedämpft die Stimme, und fliesst dahin wie reissendes Silber. Sie hilft mir beim Haushaltmachen und hat grossen und heftigen Drang in sich, und wo doch schon einfache Telefonsekretärinnen den Film hinaufgekommene sind. Natürlich müssen wir bis zum Engagement noch einen Monat warten, weil ihr der Abschied schwer wird und wir den Hausputz beendigen müssen.

... Ich bin sozusagen auf den Tonfilm hingehend geboren, denn schon in der Wiege konnte ich bemerken, dass meine Stimme schwingend und hochtönend ist, und alle Tanten auch. Was ich heute hinsinge, mache ich ganz aus dem Aermel hervor.

(Mitgeteilt von Werner Lobbenberg)

Ein Charakter.+ -----

SPD. Raffkes jüngster Sohn ist Schauspieler geworden. Er ist nicht intelligent, nicht schön, nicht begabt; er wollte aber durchaus Schauspieler werden, und dank der väterlichen Einflüsse kam er, nachdem er lange Zeit ausgebildet worden war, an ein grosses Theater. Er spielte dort kleine Rollen: Diener, Ritter, Landsknechte, Auf seinen Visitenkarten stand: Hannes Raffke, Mitglied des Staatstheaters. Er wurde viel beneidet. Mitglied eines grossen Theaters zu sein - das allein erschien Vielen schon als ungeheure Ehre.

Eines Tages bekamen Raffkes Besuch. Neureichs aus Sonstwoher waren, sieben Mann hoch, erschienen, und selbstverständlich wollte man auch Hannes Raffke, der wohl eine führende Rolle am Staatstheater spielen sollte, auf der Bühne bewundern.

Am Abend wurde "Hamlet" gegeben. Raffkes und Neureichs gingen zusammen in die Aufführung, um Hannes zu sehen.

Die Vorstellung beginnt, aber nichts ist von Hannes Raffke zu sehen. Alle grossen Rollen - kein Hannes Raffke. Und die kleinen Rollen - auch kein Raffke. Endlich, in den Schluss-Szenen tritt der Vielgesuchte in einer Ritterrüstung auf.

"Jetzt", flüstert Frau Raffke der neben ihr sitzenden Frau Neureich zu, "jetzt kommt seine grosse Szene", Atemlose Spannung in beiden Familien. Hannes Raffke, auf der Bühne, hat ein finsternes Gesicht zu machen. Das tut er. Aber zu sprechen hat er nichts. Die Vorstellung geht zu Ende, ohne dass er auch nur einen Ton über die Lippen gebracht hätte. Enttäuscht fragt Frau Neureich: "Aber warum hat er denn gar nichts sagen dürfen?" Herr Raffke lächelt sein einstudiertes Napoleonlächeln: "Dürfen; nicht dürfen? Er hat nicht gewollt! Haben Sie nicht gesehen, was er für ein böses Gesicht gemacht hat? Wissen Sie - mein Junge ist ein Charakter! Wenn der mal schlechte Laune hat, dann bringt kein Mensch ein Wort aus ihm heraus!

Gerhard Frank.

SPD. Sir James Barrie ehr seine "Muse",+ Der weltberühmte schottische Roman- und Bühnenschriftscheller Sir James Matthew Barrie, geboren 1860 in Kirriemuir, verbrachte seine Jugendjahre in Edinburgh. Vor einiger Zeit veranstalteten die Edinburger Verehrer des greisen Meisters ein grosses Fest. Sir Barrie gedachte in seiner Festrede seiner einstigen Muse, einer gewissen Frau Bessie Edwards, der er die erste Anregung zu seinem Schaffen und seinem ersten Bühnenerfolg, demnach als dem Grundstein seines späteren Ruhmes verdankte. Die Muse war nicht etwa eine hübsche junge Dame, mit der Barrie romantische Spaziergänge beim Mondenschein unternommen hatte. Im Gegenteil: eine alte Bauernfrau, die Wirtin des bettelarmen Studenten Barrie, der es sich damals noch nicht träumen liess, 1913 in den Adelstand erhoben zu werden und im eigenen, mit unzählbaren Kunstschätzen übervollen Palais zu wohnen! Die alte Witwe Edwards bemutterte ihren Untermieter vier Jahre lang und erzählte ihm unzählige Male die romantische Geschichte eines silbernen Medaillons, das sich seit Jahrzehnten im Besitze der Familie Edwards befand. Diese Erzählung bildete die Grundidee zu dem ersten Bühnenwerke Barries, das, "The old Lady shows her Medals" ("Die alte Dame zeigte ihr Medaillon") betitelt, zunächst von jedem Theaterdirektor abgelehnt und erst viel später, in umgearbeiteter Form, aufgeführt wurde, dann allerdings mit durchschlagender, Erfolge. Sir Barrie hat jetzt, neunundsechzigjährig, nicht versäumt, einen wundervollen Kranz am Grabe seiner sonderbaren "Muse" niederzulegen, die ihm zu seinem Ruhmeskranze verholpen hat.

Hundert Tage Eifersucht.

Roman von Pierre Humbourg.

Copyright by Verlag von Th. Knauer Nachfg., Berlin W. 50.

27)

SPD. Allüberall lasteten die weissen oder schwarzen Rumpfe der grossen Dampfer mit ihrer ganzen Wucht auf dem spiegelglatten Wasser. Im Bassin de Pinède, dem alten Innenhafen, faulten die längst verdorbenen und preisgegebenen Segelschiffe, Bord an Bord, und ihr Takelwerk verstrickte sich wie die Finger suchender Hände. Sie schienen traurig und krank in dieser tatenlosen Ruhe, in die die Gleichgültigkeit der Reeder sie vertossen hatte; und als der Schatten der "Tlemcen" über ihre Vordersteven fiel, glitt ein Ausdruck neidischen Bedauerns über die zerborstenen Bugspriets und die entgoldeten Galionsfiguren.

"Es ist trotz alledem traurig", sagte Bessac zu Jouve. Mit ausgestrecktem Finger zeigte er auf die geschwärzten Masten, die einst weisse Fittiche getragen hatten.

"Ja", erwiderte Jouve, "es ist besser, man wird auf eine Untiefe verschlagen und scheitert."

Andere Schiffe lagen zur Abfahrt bereit, mit ihren neubemalten Bäuchen und rauchenden Schornsteinen, mit ihren Lademasten, die gleich gelenkigen Armen an Deck zurückkehrten.

Im Bug der verankerten Dampfer versammelten sich die Matrosen, um sie vorüberfahren zu sehen. Die ernstesten Engländer blieben stumm und kehrten bald dem Schauspiel den Rücken, was Faure zu der Bemerkung veranlasste:

"Wenn sie von dort zurückkehren werden, wo wir herkommen, werden sie weniger blasiert sein."

Die gleichartigen Gesichter japanischer Matrosen begrüsst sie mit einer Grimasse; nur auf dem französischen Schiff schwenkten die Matrosen ihre Mützen und riefen ihnen Worte des Willkommens zu, aus reiner Freude, Kameraden guten Tag zu sagen. Dann kamen die Formalitäten, langsam, ermüdend, vor zwei Zollbeamten und zwei Hafenarbeitern. Man erwartete sie nicht mehr. Niemand war zugegen. Die Lagerschuppen der Lazarettmole reihten sich in düsterer Perspektive. Die Matrosen wurden plötzlich traurig. Sie hatten sich in ihrem Herzen auf einen besseren Empfang vorbereitet, Rufe, Begrüssungen, Zärtlichkeiten. Als der Doktor an Bord kam, begrüsst sie ihn alle mit einem Händedruck, der sie von nun an weit fester als sämtliche Taue mit dem Land verknüpfte.

Schliesslich erschien der Inspektor der Gesellschaft und forderte Erklärungen. Die Geschichte von dem Sturm rührte ihn nicht weiter, ihn kümmerten nur die Verspätung und der bürokratische Weg. Seine Worten waren recht aufgeregt, zuweilen auch schienen sie unglücklich gewählt. Er befragte Jouve, war sehr besorgt wegen der Schäden. In seinem Munde kamen und gingen die Worte: Havarie, Reparatur, Versicherung.

Und das ärgerte Jouve:

"Die Hauptsache ist, dass wir den Sturm überstanden haben", wiederholte er.

Aber der alte Inspektor sah im Namen des Reeders die Sache mit anderen Augen. Die Leiden der Besatzung zählten nicht, für ihn kam nur die "Tlemcen" in Betracht.

"Zweifellos", erwiderte er, "zweifellos sind Sie alle heil und gesund, aber diese Jolle am Steuerbord, das ist sehr lästig, und die Fässer mit Palmöl.... kurz, geben Sie Ihren Bericht...."

Die Laufbrücken senkten sich auf den Kai hinab, und die Leute verliessen das Schiff. Piétri verzichtete darauf, sie zurückzuhalten. Von neuem hatte sie der Ueberdruss gepackt und das ungeduldige Verlangen, ein festes Pflaster unter den Füßen zu haben.

Auf dem Deck sah man die zitternde Silhouette des Inspektors, der jede Winde betastete und mit einer heimlichen Liebkosung seiner Finger den Preis eines